



Ich hütete, an solchen unrentablen Projekten, wie sie die Kolonialfreunde betreiben, ihr eigenes Kapital zu riskieren. — Die Titel 3 und 5 des Extra-Ordinariums werden dann auf Antrag Richters an die Budgetkommission verwiesen. —

### Wilhelm II und Prinz Heinrich.

Der Kaiser hat zum Empfange seines aus China zurückgekehrten Bruders eine Rede gehalten, deren Hauptsätze, wie schon mitgeteilt, lauten:

Der freudige und begeisterte Empfang aller Schichten meiner Residenzstadt Berlin giebt Dir Zeugnis davon, mit welcher liebevollen Interesse unser ganzes Volk Dich in der Erfüllung Deiner nunmehr gelösten Aufgabe begleitet hat. Der Empfang hat aber noch eine tiefere Bedeutung. Er ist ein unzweideutiger Fingerzeig dafür, wie groß das Verständnis für die Stärkung unserer Seegeltung in der Bevölkerung geworden ist. Das deutsche Volk ist mit seinen Fürsten und seinem Kaiser darüber willens, daß es in seiner mächtigen Entwicklung einen neuen Maristephen sehen will in der Schaffung einer großen, den Bedürfnissen entsprechenden Flotte. Wie Kaiser Wilhelm der Große uns die Waffe schuf, mit deren Hilfe wir wieder Schwarz-Weiß-Rot geworden sind, so schied das deutsche Volk sich an, die Wehr sich zu schmieden, durch die es, so Gott will, in alle Ewigkeit Schwarz-Weiß-Rot bleiben kann, im Innern und im Auslande. Bei Deiner Heimkehr fuhdest Du ein blühend anwachsendes in den Armen Deiner Gattin. Mögest Du als Vater für den neuen Zuwachs unserer jungen Flotte denselben Schutz unter Gottes Schutz in voller Stärke entwickeln sehen. Hurra!

Wenn man davon abzieht, daß das deutsche Volk, ja vielleicht sogar einige deutsche Fürsten, durchaus nicht mit dem Kaiser willens sind, die neue Marinevorlage anzunehmen, so fällt hauptsächlich die Zurückhaltung auf, die der Kaiser diesmal gegenüber seinen früheren temperamentvollen Äußerungen bewahrt. Wie schon die Tirpitz und Posadowski im Reichstag jedes Wort der Drohung vermieden, so fehlt auch in der kaiserlichen Rede die Ankündigung eines Durchschneidens unter allen Umständen. Man denke nur an die kaiserlichen Äußerungen zur Judthaus- und namentlich zur Kanalvorlage. In den Dortmunder Reden erklärte der Kaiser, daß seine Regierung und er fest und unerschütterlich entschlossen seien, den Mittelkanal zur Durchführung zu bringen. Und indem er an die Kaiserin erinnerte, die auch zu Gunsten des Kanals citiert wurde, beteuerte Wilhelm II., es solle die Macht des „einem Willen gehorchenden Reichs“ auch für dieses große Werk mit voller Wucht eingesetzt werden. Dafür werde ich stehen.“ Trostdem wurde das große Werk von den Konservativen zu Falle gebracht, und es folgte nicht einmal eine Auflösung des Abgeordnetenhauses darauf.

Wenn man an diese Manifestationen des unbeugsamen Willens denkt, so wirkt die feigige gelinde Sprache auffällig. Unpolitisch, aber ebenso auffällig ist die Antwort des Prinzen Heinrich auf den kaiserlichen Trinkspruch. Die Antwort wird sehr verspätet bekannt. Wahrscheinlich hat sie Redaktionschwierigkeiten bereitet, die jedoch auch in dem vom „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichten Wortlaut nicht ganz überwinden sind, der also aussieht:

Eure Majestät wollen mir allergnädigst gestatten, meinen unterthänigsten, tiefgefühltesten und herzlichsten Dank für die gnädigen Worte auszusprechen, sowie für den Empfang, den Eure Majestät heute für mich zu befehlen geruht haben. Der größte Sporn meiner bisherigen Tätigkeit war der, daß ich wollte, Eure Majestät fänden hinter mir, wie hinter Eurer Majestät Flotte. Dieser Gedanke befähigte mich sowohl, wie die Offizierscorps im Auslande, zu immer neuen, erfrischenden, ermutigenden Taten. Auch möchte ich nicht verfehlen, am heutigen Tage, da ich das erste mal wieder in Gegenwart Eurer Majestät sein darf, anzusprechen, wie patriotische und treue Unterthanen jene Deutsche sind, die ich in Offizien verlassen habe, um nach meiner Heimat zurückzukehren. Eurer Majestät danke ich ferner für das unentwegte Vertrauen, welches mir während der beiden vergangenen Jahre bezeugt worden ist, und ich versichere, daß, wo es auch sein möge, jeder Dienst für Eure Majestät und für das Vaterland mich auch in Zukunft auf dem Posten finden wird.

Oft erklang im fernem Osten der Ruf, der die Deutschen draußen und uns Kameraden in Offizien besetzte bei gemeinsamen Zusammenkünften, bei festlichen Anlässen: Dieser Ruf mag auch heute laut erschallen! Mit Genehmigung Eurer Majestät fordere ich die Herren auf, mit mir einzustimmen in den Ruf: Seine Majestät unser allergnädigster Kaiser und Herr Hurra — Hurra!

Die immer neuen erfrischenden, ermutigenden Taten, die Prinz Heinrich sich selbst und dem Offizierscorps im Auslande nachsagt, sind im einzelnen bisher nicht bekannt geworden. —

**Aus der Vaterlandslosen-Zeit.** Anlässlich der Rückkehr des Prinzen Heinrich wird an die Kaiserdepeche erinnert, die er am 24. April 1897 an Bord des Flaggschiffs König Wilhelm, das zur Jubiläumstour seiner Großmutter nach England gehen sollte, der Mannschaft vorlas:

Ich bedauere tief, daß ich Dir zu der Feier kein besseres Schiff als den König Wilhelm zur Verfügung stellen kann, während andre Nationen mit ihren stolzen Kriegsschiffen glänzen werden. Das ist die Folge des traurigen Verfalls jener Vaterlandslosen, die die Anschaffung der notwendigen Schiffe zu hintertreiben wußten. Ich werde aber nicht eher ruhen, bis ich meine Marine auf dieselbe Höhe gebracht habe, auf der sich die Armee befindet.“

Jetzt glaubt sich der Kaiser mit dem Volk jener Vaterlandslosen willens. —

### Eine Sozialistendebatte im Junterparlament.

Die heute fortgesetzte Debatte über den Titel „Gehalt des Ministers des Innern“ drehte sich fast ausschließlich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit Hilfe des amtlichen Regierungsapparats. Anlaß dazu bot der vom Abg. Kopsch (fr. Sp.) zur Sprache gebrachte Fall aus Ostpreußen, wo auf Veranlassung des Regierungspräsidenten von Gumbinnen der Kreisinspektor die ihm unterstellten Lehrer zur Verbreitung des agrarischen „antisemitischen Volkstums“ aufgefordert hatte. Es ist klar, daß ein solches Verfahren selbst dann, wenn den Lehrern das betreffende Schreiben nicht auf amtlichem Wege portofrei zugestellt worden wäre, zu den schwersten Bedenken Anlaß geben müßte. Der neue Minister des Innern jedoch ist anderer Meinung, der Herr aus dem Westen hat sich auffallend schnell die Klären eines ostpreussischen Junkers angeeignet. Formell erklärte sich Reichert von Rheinbaben zwar mit dem Verhalten des Regierungspräsidenten von Gumbinnen nicht einverstanden, in materiell jedoch billigte er es vollkommen und sprach ihm sowie dem Landrat und dem Kreisinspektor seine volle Anerkennung aus, da gerade in Ostpreußen die Sozialdemokratie planmäßig darauf ausgehe, die Bevölkerung gegen einander zu hetzen.

Der lebhafteste Widerspruch auf der Rechten bewies, daß der neue Minister ein Mann nach dem Herzen der Junker ist. Ermutigt durch diesen Beifall ergreift er im Laufe der Debatte nochmals das Wort, um eine Rede gegen die Sozialdemokratie zu halten und es als Pflicht der Beamten zu bezeichnen, der zielbewußten Verheerung durch die Sozialdemokratie entgegenzutreten. In ganz ähnlichem Sinne äußerte sich auch einer seiner Kommissare. Und ist es unverständlich, wozu man zur Vernichtung einer vorübergehenden Ge-

heimung“ den ganzen Beamtenapparat mobil machen muß. Denn nunmehr werden alle Landräte und natürlich auch die untern Behörden sich beeilen, den Weisungen ihres Herrn und Meisters eifrig zu folgen. Immerhin fühlen wir uns dem Minister gegenüber für seine Offenherzigkeit zu Dank verpflichtet. Unterliegen werden wir in diesem Kampf nicht. Was der Minister noch so kampftüchtig sein, ruhen wird er dabei nicht ernten.

Das Verhalten des Freiherrn v. Rheinbaben fand entschiedene Billigung auf der gesamten Linken bis in die Reihen der Nationalliberalen hinein. Die Abg. Dr. Friedberg (nl.), Ricker (fr. Sp.), Dr. Barth (fr. Sp.) und Goldschmidt (fr. Sp.) gingen ihm stark zu Liebe, letzterer allerdings in so ungeschickter Weise, daß er fortgesetzt Nachsalben auf allen Seiten des Hauses hervorrief.

Die Worte des Ministers riefen u. a. auch einen der Kanalrebelln, den gemäßigtesten Regierungspräsidenten v. Jagow, auf den Plan, der seine Zeit wieder gekommen glaubt und durch eine wühlende Philippica gegen die Sozialdemokratie sich für eine etwa frei werdende höhere Stelle in empfindliche Erinnerung brachte. Noch ein anderer hoher Regierungsbeamter, der Vortragende Rat im Reichsamt des Innern, Abg. Kelsch (l.), sprach dem Minister seine Anerkennung aus und forderte gleichzeitig die bürgerlichen Parteien auf, bei zukünftigen Wahlen geschlossen gegen die Sozialdemokratie zu stehen.

Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

### Deutsches Reich.

#### Vom parlamentarischen Schicksal

wird gemeldet, daß die Affaire Eymula-Hahn in ein neues Stadium getreten ist. Der pistolenwütige Abgeordnete Dr. Hahn, der in seinem Civilverhältnis die Interessen des Bundes der Landwirte wahrnimmt, hat, da der Abg. Eymula sich nicht auf die Schieberei einlassen will, sich als Oberleutnant der Reserve gefühlt und den Ehrenrat seines Regiments mit der Angelegenheit befaßt. Unter Aufsicht des Abg. Liebermann v. Sonnenburg — wahrscheinlich ist dieser Herr die Funktion des Kartellträgers aus — hat Dr. Hahn am Dienstagabend ein Schreiben an den Ehrenrat seines Regiments gerichtet. Vermutlich hat Herr Dr. Hahn den militärischen Ehrenrat zur Entscheidung der Frage aufgefordert, ob ein Offizier als Parlamentarier seine Kollegen privatim zu einem Votum veranlassen darf, welches er selbst öffentlich wiederholt als gegen die Ehre und Würde der Nation verstößend gekennzeichnet hat. Auf die Antwort des Ehrenrats wird nicht nur der Abgeordnete Dr. Hahn gespannt sein. —

Nach der „Deutschen Tageszeitung“ soll die Angelegenheit Eymula-Hahn durch Austausch gegenseitiger Erklärungen erledigt worden sein.

**Alle Puppen müssen tanzen!** Die Flottenagitation zieht immer weitere Kreise in den Bereich der Wasserbegeisterung. Auch die Berliner Stadtverwaltung sollte ihr Schärfein zu dem Flottenrummel beitragen und Beamte zu Flottenpredigten beurlauben. Für den bei der Armendirection, Abteilung für das Arbeitshaus beschäftigten Hilfsarbeiter Lieutenant a. D. v. Korbach, (derselben, der bereits in den Berliner Protestversammlungen aufgetreten ist), hat der Admiral Hollmann einen Urlaub nachgesucht, damit Herr v. Korbach dem Volke den Segen der Milliardenforderung klar machen kann. Der Herr Admiral hat jedoch keine Gegenliebe gefunden, da die Arbeitskraft des Herrn Korbach zu wertvoll für die Stadt Berlin ist, um der Wasserpolitik zur Verfügung gestellt zu werden. Hoffentlich findet der agitatorischste Admiral andre Maßregeln, die es sich zur Ehre anrechnen, die aus den Steuern der Bürger bezahlten Beamten dem Flottenport dienstbar zu machen. —

**Syng-Offiziöses.** Die „Berliner Korrespondenz“ äußert sich über die Dedungsfrage, von der unser Flottenagitatoren durchaus nichts wissen wollen, wie folgt:

Der Redner des Centrums stellte, wie nach den bisherigen Äußerungen der Presse dieser Partei zu erwarten war, die Dedungsfrage in den Vordergrund. Was diesen Punkt anbelangt, darf die Zuversicht gehegt werden, daß eine gedeihliche Lösung in der Budgetkommission gefunden wird.“

Die einzige gedeihliche Lösung im Sinne der Centrumspresse wäre doch nun die Einführung einer Reichs-Flottensteuer auf die höheren Einkommen und Vermögen. Wollen die verbündeten Regierungen sich darauf einlassen? Der Satz, der unmittelbar in der Auslassung der „Berliner Korresp.“ darauf folgt, widerlegt alle derartigen Vermutungen; er lautet:

„Bedenken, das deutsche Volk sei nicht im Stande, die durch die Vorlage hervorgerufene Last zu tragen, können doch ernsthaft nicht geltend gemacht werden.“

Wenn man vom „deutschen Volke“ redet, das die Lasten tragen sollte, so meint man stets das proletarische Volk, dessen Lebensmittel besteuert werden. Die Hoffnung auf eine gedeihliche Lösung in dieser Form wird doch aber das Centrum, so wenig man ihm sonst trauen mag, gründlich zu Schanden machen.

In demselben Artikel erklärt der Offiziösus: „Ohne eine starke Flotte bauen wir unser Haus auf Sand.“ Nun, auf Sand kann man ganz hübsche Häuser bauen, nimmermehr aber auf Wasser. —

**Konservative Flottengegner.** Abg. v. Levechow hatte die Zustimmung zur Flottenvorlage nur im Namen des allergrößten Teils der konservativen Fraktion angehängt. Die „Deutsche Tageszeitung“ betont jetzt ausdrücklich, daß die bisher nicht zustimmenden konservativen Abgeordneten keineswegs die Leiter des Bundes der Landwirte seien, sondern andere Mitglieder der konservativen Partei. Die Bedenken dieser konservativen Minderheit gegen die in der Flottenvorlage geforderte Marinestärkung sind im Reichstag vom bayerischen Abg. Richter vorgebracht worden. —

#### Agrarier contra Flotte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ bringt wiederum einen Leitartikel, unterzeichnet von Martini, Oberst a. D., aus dem die tiefe Abneigung in Bundeskreisen gegen die rapiden Flottenvermehrungen spricht. Oberst Martini ist sehr unzufrieden, daß die Flottenvorlage mit der Notwendigkeit, die deutsche Ernährung sicher zu stellen, begründet werde. Deutschland dürfe sich nur auf sich selbst stellen, es könne alles produzieren, was es brauche. Auch die stärkste Flotte bietet keine Sicherheit, wenn diejenigen Länder, auf die wir zu unserer Ernährung angewiesen sind, zu unseren Feinden gehören, ebenso wenig wie sie die Gefahren und Zufälligkeiten eines langen Seetransports mit Sicherheit beseitigen kann. In den 20 Jahren, welche für die Flottenvermehrung in Aussicht genommen sind, kann die deutsche Landwirtschaft so erstarren und dadurch den Wohlstand in den breiten Schichten des Volks demachen haben, daß wir jeder Blockade mit Ruhe entgegensehen können. Aber deshalb wollen wir nicht etwa in unsern Küstungen zur See einen Stillstand eintreten lassen, denn Stillstand ist immer Rückschritt. Eine allmähliche Verklärung unserer Flotte wird auch in weitesten landwirtschaftlichen Kreisen als Notwendigkeit anerkannt. Aber die Größe und Wichtigkeit dieser Vorlage erschreckt.“ So, der Oberst weiß auch die Sozialdemokratie gegen die Flotte auszuspielen. Wenn Handel und Industrie immer mehr gefördert werden, so wachse zugleich die Sozialdemokratie; eine vorübergehende Erleichterung“ sei diese nur — im Agrarstaate. Der agrarische Flottengegner macht also der Regierung bereits den Vorwurf der Sozialistenförderung. Diese Art Flottenbelämpfung ist vielleicht gar nicht so unklar bei der bekannten Sozialistenangst an sehr einflussreichen Stellen des Reichs.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt natürlich, daß sie sich mit dem Inhalt des Artikels ihres Bundesgenossen nicht identifizieren

könne. Aber solche Stimmungsbilder aus dem Lande lassen das patriotische Opfer der Zustimmung zur Flottenvorlage um so größer erscheinen und berechtigen zu um so besterem agrarischen Fortschritt. Hier auf kommt es ja auch in erster Linie an. Wenigstens soll die Flottenbewilligung den Agrariern teuer bezahlt werden. —

#### Centrum und Dedungsfrage.

Die „Köln. Volksz.“ schreibt, wie aus Köln telegraphiert wird, zur Dedungsfrage bezüglich der Flottenvorlage, das Centrum habe gegen eine Reichs-Flottensteuer, welche als eine Reichs-Einkommensteuer oder Reichs-Vermögenssteuer mit entsprechender Progression nach oben erhoben würde, nichts einzuwenden. Hier komme nur das föderalistische Bedenken in Betracht. Vielleicht lasse sich daselbe dadurch beheben, daß seitens des Reichs lediglich die Grundsteuer für die Beschaffung des eventuellen Bedarfs festgelegt werden, die Aufbringung des erforderlichen Steuerquantums aber den Einzelstaaten unter Anpassung an deren direktes Steuersystem überlassen bleibe.

Wenn das Centrum nur den „eventuellen“ Bedarf auf diese Weise gedacht wissen will, so kann es sich die ganze Dedungsfrage ersparen. Es kommt darauf an, die Gesamtkosten des Plans, unabhängig von den sonstigen Einnahmen des Reichs, durch eine direkte Besteuerung der Besitzenden aufzubringen und dies gesetzlich festzulegen. —

**Schon dem Handel im Ausland — Unterdrückung des Handels im Inland.** so will es die reichs-preussische Widerstandsweicheit. Während man Milliarden aufwenden will, um den Handel im Ausland zu fördern, der auch ohnedies gefördert ist, versucht man bei uns durch willkürliche Umsatzsteuern die höheren Betriebsformen des Handels zu zerschneiden, die Flottenvorlage und der Entwurf der Warenhaussteuer erwürgen sich einander in ihren Begründungen. Vielleicht wandert der deutsche Handelsstand nunmehr nach Heberfelden aus, wo er durch die Flotte geschützt, während er in der Heimat durch Mangel bedrängt wird.

Es ist daselbe Spiel, wie mit den famosen Deutschen im Auslande.“ Wehe, wenn denen ein Haar gekrümmt wird! Gegen mißhandelt man die Deutschen im Inlande durch Justizhausvorlage und Gewaltakte aller Art. —

**Die Mobilmachung Rom's** wird wie Luno 1887 beim Septennat versucht. Das päpstliche römische Blatt „Osservatore Romano“ brüht die lebhafteste Hoffnung aus, daß die Flottenvorlage vom Reichstag angenommen werde. Die europäische Lage lasse eine starke Flotte für Deutschland unentbehrlich erscheinen. Auch das Centrum verkünde dies keineswegs und werde sich in der Kommission leicht mit der Regierung verständigen, falls diese befriedigende Ausschüsse über die finanzielle Seite der Frage gebe.

1887 wies die deutsche Centrapartei mit aller Schöffheit die Einmischung der päpstlichen Diplomaten zurück. —

**Verheißene Flottenagitation** wird im Harz getrieben. Auf Anweisung eines Arcidirectors „sammeln“ die Gemeindevorsteher Beitrittserklärungen für den Flottenverein.

So wird die Flotte zur Galere.

**Katholische Geistliche als Flottenagitatoren.** Aus Elia-Lothringen wird uns geschrieben: Nun ist sie gefunden, die Formel, unter der auch die katholische Kirche des Reichs die Propaganda für die uralten Flottenpläne der Regierung aufnehmen kann. Der katholische Geistliche des lothringischen Ortes Ottweiler hielt vor einigen Tagen eine Rede, in der es heißt:

„Auch eine starke Flotte will der Kaiser im Interesse des Reichs und zum Schutze der Missionare bei ihrer harten und gefährlichen Glaubensverbreitungs- und Civilisationsarbeit. Die Missionare schützen und helfen, wach ein erhabenes Werk! Ist doch dieses Werk die Anwendung der Kräfte der Erlösung an die Völker, die noch in den Finsternissen und im Schatten des Todes liegen. Wie schön für alle Christen, durch Gebet und Scherfein sich an diesem Werke zu beteiligen!“

Das ist in der That mehr, als man von einem Abbe unter ammelirten Provinzen, dem Amtsoffizier jener reichsständischen Volksvertreter, verlangen kann. Deren Haltung im Reichstag nach der jüngsten Bismarck-Rede nicht so ist, daß die Festigkeit ihrer deutsch-patriotischen Gesinnung außer Zweifel sei.“ Wäre diese Sunes-wandlung nicht des Preises genug, um dem elia-lothringischen Volke dafür die Aufhebung des Diktaturparagrafen zu gewähren? —

**In den Kolonialkandidaten.** Die beiden Offiziere, auf die Genosse Webel am Dienstag bei der Beratung des Kolonialrats anspielte, sind die Hauptleute Stammberg und Wegner. Daß gegen diese beiden wegen ihrer Thaten in den Kolonien Untersuchung eingeleitet ist, mußte der Direktor des Kolonialrats, Herr v. Buchta auf die private Anfrage Webels zugeben, er bestreite nur, daß die von letztem angegebenen Thatfachen der Sachlage entsprechen.

Best steht aber, daß es sich in beiden Fällen um Grausamkeiten handelt, die die beiden Offiziere gegen Eingeborene begangen haben; fest steht ferner, daß die beiden Offiziere sich in Deutschland befinden und sich ihres Lebens freuen, d. h. daß von einer Untersuchung fast keine Rede ist. Befauptet wird, daß man Bedenken habe, mit der Energie gegen die beiden Nebelthäter vorzugehen, die die Schwere der Handlungen erfordert, weil die sehr einflussreichen Hintermänner der beiden Offiziere alles anstrebten, sie dem Arm der Gerechtigkeit zu entziehen. Webel wird bei der dritten Lesung des Stats abermals auf die Sache zurückkommen und kategorisch verlangen, daß von Seiten des Direktors des Kolonialrats Aufklärung gegeben wird, wenn er abermals bestreitet, daß die von Webel wieder vorgebrachten Thatfachen nicht ganz der Wirklichkeit entsprechen. Jedenfalls ist es außerordentlich merkwürdig, daß die Kolonial-Verwaltung sich kampftüchtig bemüht, über Vorgänge Dunkelheit zu erhalten, aber die Märkte zu erlangen der Reichstag und des Volk, auf dessen Kosten die Kolonien unterhalten werden, ein Recht haben.

Zum Fall Arenberg bemerkt die „Tägliche Rundschau“ auf die Mitteilung des Kolonialdirektors v. Buchta, daß Arenberg beim Austritt aus dem Heeresdienst das Zeugnis „Vertragen gut“ gehabt habe:

Herr v. Buchta hätte z. B. nicht die Thatfache verschweigen sollen, daß Prinz Arenberg in Münster der Frau seines Wachtmeisters einen Treiß vor den Leib gegeben hat und deswegen den Rat erhielt, abzugehen. Wenn Herr v. Buchta heute die Verantwortung für die Entsendung des von Natur nicht böartigen, oder im angetrunkenen Zustande stets zu Gewaltthatigkeiten neigenden Prinzen Arenberg in die Kolonien ganz allein auf sich nimmt, so mag das, vom dienstlichen Gesichtspunkt aus betrachtet, sehr löblich sein; aber die Verdienste des Herrn v. Buchta um diese Entsendung hätte er deswegen nicht völlig zu verschweigen brauchen.“

**Eine neue Militärforderung.** (Privatdepeche des „Vorwärts“.) Der „Schles. Volksz.“ wird aus Berlin gemeldet, es werde beabsichtigt, sämtliche Jägerbataillone mit je einer Maschinengewehrpatrolle zu sechs Gewehren auszurüsten und bei jedem Jägerbataillon eine besondere Kompanie oder Abteilung, der die Batterie überlassen wird, zu bilden. Dies würde eine Verstärkung des Landheeres mit neunzehn

Maschinengewehrpatronen der Linie und vorwiegend mit der gleichen Anzahl für die im Mobilmachungsfall aufzustellenden Jägerbataillone der Reserve, mithin um 88 Maschinengewehrpatronen erforderlich. Auch für die Infanterie soll die Maßregel für später beabsichtigt sein. —

**Die grüne Internationale.** In einer der agrarischen Versammlungen, die in dieser Woche in Berlin tagen, hat der Professor Ruhlmann pathetisch den agrarischen Internationalismus gepredigt:

Die Zukunft der modernen Kulturwelt hängt davon ab, ob es gelingt, die Herrschaft der goldenen Internationale zu befestigen. Wie aber könne dies geschehen? Unsere Diplomaten sind dazu nicht fähig. Sie sind alle nur gewohnt, Militärspolitik zu treiben. Auch die Gesetzgebung eines einzelnen Staats kann hier wenig leisten. Dem internationalen Großkapital gegenüber giebt es nur eine wirksame Schwärzungsformel, und das ist das Programm, **Trust gegen Trust, Ring gegen Ring!** (Stürmischer Beifall.) Die heute bestehende unheilvolle Welt Herrschaft des internationalen Großkapitals muß und kann nur beseitigt werden durch die **Weltherrschaft der Bauern** in dem Sinne, in dem auch Herr Wismarck sich als „Bauer“ bezeichnet hat! (Anhaltender lebhafter Beifall.)

Wie sich Herr Ruhlmann die Ausführung dieses Gedankens denkt, ist nicht klar, da ja die Landbesitzer der verschiedenen Länder im Gegensatz zu den Proletariern, die überall international empfinden, in nationalen Engergleichen befangen sind. Trotzdem ist anzunehmen, wenn die Agrarier den Nutzen des Internationalismus einsehen und sich zu ihm bekennen, auf die Gefahr hin, unter die vaterlandlosen Gesellen geworfen zu werden. —

**Der frühere Minister des Innern Herrfurth ist, 70 Jahre alt, am Mittwoch nach längerer Krankheit verstorben.** Er hatte 1888 nach der Entlassung Bittlammers die Leitung des Ministeriums übernommen. Sein wichtigstes Werk war die neue Landgemeinde-Ordnung. So ungewissenhaft konservativ Herr Herrfurth war, so machte er sich doch durch eine gewisse politische Wohlwändigkeit bei seinen eigenen Parteigenossen mißliebiger und wurde von ihnen mehrfach scharf belächelt. Als Herrfurth 1892 mit den Miquelischen Steuerreformplänen nicht einverstanden war, nahm er seine Entlassung. Er ist Verfasser mehrerer verwaltungswirtschaftlicher Schriften. —

#### Ausweisung von Inländern.

Der Genosse **Fallender** in Dresden, der im vorjährigen Mauerstreik wegen geringfügiger thätlicher Beleidigung eines Streikbrechers zu der außerordentlichen Strafe von fünf Monaten verurteilt wurde, ist durch Verfügung der Polizeidirektion Dresden mit dreitägiger Frist aus Dresden ausgewiesen worden.

Fallender ist nicht etwa ein „lästig gewordener“ Ausländer, er ist ein geachteter Sachse und wohnt überdies schon sieben Jahre ununterbrochen in Dresden.

Die Ausweisung stützt sich auf das bekannte Vagabundengesetz aus dem Jahre 1886, das den Polizeibehörden das Recht giebt, bestrafte Personen aus ihrem bisherigen Aufenthaltsorte auszuweisen, wenn anzunehmen ist, daß ihnen der Aufenthalt an diesem Orte in besonderer Weise Gelegenheit zu neuen Gesetzesverletzungen geben werde.

Es ist daselbe Gesetz, das vor einigen Jahren in dem aufsehenerregenden Falle Rosenow mit Hilfe der gewogtesten Auslegungslinien zur Anwendung kam. Das Gesetz ist nach den ausdrücklichen Verstärkungen der Regierungsvertreter, die seiner Zeit im Landtag auf Provoktion der sozialdemokratischen Abgeordneten abgegeben wurden, nur dazu bestimmt, den Polizeibehörden ein Mittel an die Hand zu geben, um sich arbeitscheuer und dergleichen Personen zu entledigen und sollte keineswegs zu politischen Maßregelungen bestimmt sein.

Trotzdem wurde es gegen Genossen Rosenow aus rein politischen Gründen angewendet und wird jetzt wieder gegen Genossen Fallender aus rein politischen Gründen angewendet. Wie im Fall Rosenow, so kommt auch im vorliegenden Fall noch eine gewaltsame, dem Wortlaut widersprechende Auslegung hinzu, um die Anwendung zu ermöglichen. Das Gesetz soll nach seinem Wortlaut nicht anwendbar sein auf Personen, die mindestens 2 Jahre im Orte wohnen und in dieser Zeit einen „ständigen, ehrbaren Erwerb“ gehabt haben. Fallender wohnt, wie bemerkt, schon seit 7 Jahren in Dresden und hatte als ehrl. Arbeiter stets seinen „ständigen, ehrbaren Erwerb“. Doch das macht der Dresdner Polizei keine Sorgen — sie braucht eine Handhabe gegen die Arbeiterbewegung und darum schafft sie sich eine; sie braucht ein eignes Sozialistengesetz und darum macht sie sich ein.

Aber braucht sie auch Erbitterung in der Arbeiterklasse? Muß es nicht im höchsten Grade erbittern, daß ein ehrenhafter Arbeiter wegen einer Lappalie, die in der Erregung des Lohnkampfes ihre Erklärung findet (er hatte einen Streikbrecher gestochen), erst zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt und dann wie ein Hund davon gejagt, von Haus und Familie gerissen, um seine Existenz gebracht wird? Wie schön paßt das zu dem Plottentamtam, für den man sich kramphast bemüht, die Arbeitermassen einzufangen und patriotischen Frauen!

**Die „Kreuz-Zeitung“** giebt heute zu, daß die Socialdemokratie nicht verantwortlich gemacht werden kann, wenn ein Privatunternehmen, wie die „Berliner Genossenschafts-Bäckerei“, hohe Profite macht. Sie stellt sich dumm und sagt, es könne auch niemand einfallen, uns dafür verantwortlich zu machen. Und doch hat sie es von vornherein getan und sie hätte auch gar keine Verantwortung gehabt, etwas zu der Angelegenheit zu sagen, wenn sie uns nicht dafür verantwortlich machen wollte. Daß wir solche Profitwirtschaft billigten, wie die „Kreuz-Zeitung“ weiter behauptet, ist eine blanke Lüge, wie jeder, der unsere erste Notiz zur Sache gelesen hat, zugeben muß. —

**Karlruhe, 13. Februar.** (Fig. Ver.) Heute fand im badischen Landtag die regelmäßig wiederkehrende **Ordensdebatte** statt. Seit vielen Jahren stellt das Centrum den Antrag auf Zulassung von Orden und ordensähnlichen Kongregationen, ohne daß die Regierung bis jetzt Neigung gezeigt hätte, von der Befugnis, die ihr gesetzlich zu Gebote steht, Gebrauch zu machen. Der Führer der National-liberalen, **Abg. Fieser**, hatte einen glänzenden Tag. In einer mit viel Humor und Sarkasmus durchwürgten Rede sprach er eingehend gegen die Zulassung von Orden. Die Regierung erklärte kurz, daß sie zur Zeit nicht in der Lage sei, den Wünschen des Centrum entgegenzukommen, da sie bei einer event. Zulassung von Mänteln und Orden eine Störung des konfessionellen Friedens befürchte. Obwohl die Mehrheit für den Antrag des Centrum ist, wird die Regierung es beim alten lassen und wir werden deshalb auch auf dem nächsten Landtag eine Wiederholung der Ordensdebatte bekommen! —

#### Die Landtagswahl in Breslau.

Die **Wahlprüfungs-Kommission des Abgeordnetenhauses** erklärte am Mittwoch die Wahlen der **Abg. Schmieder, Gohsain und Wetzlar** für die Stadt **Breslau** mit 11 gegen 1 Stimme für ungültig. Im Mai u. J. war die Wahl beanstanden und die Staatsregierung erzwungen worden, Beweis darüber zu erbringen, ob während des Wahlaktes an verschiedenen Stellen im Wahllokal Geld ausgezahlt worden ist, insbesondere an den Wählern der sozialistischen Partei. Die Beweisnehmung ergab inbezug darauf ein negatives Resultat. Es ist vielmehr nur erwiesen worden, daß nach dem 3. Wahlakt die Socialdemokraten an ihre Wahlmänner aus der eigenen Partei-

lasse für entgangenen Arbeitsverdienst und bare Auslagen während des 14stündigen Wahlaktes eine Entschädigung von 5—6 M. gezahlt haben. Entgegen der Stellungnahme der Kommission vom Mai vorigen Jahres legte die Majorität derselben jetzt den entscheidenden Wert darauf, daß die sozialistische Partei vor der Wahl der Abgeordneten den Beschluß gefaßt habe, ihren Wahlmännern überhaupt eine Entschädigung zu zahlen, die außer den barem Auslagen noch den entgangenen Arbeitsverdienst des Tages darstelle. Die sozialistischen Stimmen waren entscheidend für das Wahlresultat.

Welche Ungeschicklichkeit oder welche Wahlbeeinflussung in jener Erstattung von Auslagen und Arbeitslohnverlust liegen soll, ist schlechterdings nicht ersichtlich. Die nächste Wahl wird den Konservativen keine Freude bereiten. —

**Von Samoa** liefen dieser Tage sehr ungünstige Nachrichten ein. Ganz anders lauten die jetzt offiziös verbreiteten Mitteilungen aus Apia vom 7. Februar: Zur Feier des Geburtstages des deutschen Kaisers entsandten beide samoanische Parteien Deputationen angelegener Hauptlinge, darunter Tamasese, in das deutsche Konsulat, um ihre Unterwerfung unter die deutsche Herrschaft zu erklären, und ihre Glückwünsche zu dem Tage zu überbringen. Auf den Inseln Upolu und Savaii herrscht völlige Ruhe. Man wird ja sehen. —

### Ausland.

#### Annexion der Mandchurei.

Die halboffizielle, meist gut unterrichtete „**Rossija**“ erklärt, daß die Regierung demnächst bereit sei, die **Mandchurei als „russisches Gebiet“ zu proklamieren.** Die verwitwete Kaiserin von China habe ein fanatisches Manifest erlassen, in welchem den Chinesen die Abkehr von Europa und allem Fremdländischen empfohlen werde. Die kulturelle Mission der europäischen Staaten sei hiermit bedroht und daher halte es Rußland, das bereits der geographischen Verhältnisse wegen sich hierzu in erster Linie berufen fühle, für seine Pflicht, nötigenfalls sein Kulturwerk in Asien mit bewaffneter Gewalt zu erzwingen. „Als nach dem japanisch-chinesischen Kriege“ meint aber das genannte Blatt weiter, „sich die europäischen Mächte in China „Einflußsphären“ abgrenzten, fiel auf den Anteil Rußlands die Mandchurei mit der Liautung-Halbinsel. Eine Einflußsphäre ist natürlich eine vortreffliche Sache, aber jetzt haben wir mehr nötig. Wir müssen von der Einflußsphäre zur „**Sphäre des vollen Besitzes**“ übergehen.“ Die Engländer haben sich niemals geniert, ihren Besitz diejenigen Territorien hinzuzufügen, in welchen die Einflußsphäre allein sich für ihre Macht als ungenügend erwies. Deshalb sollten wir nicht die Mandchurei als russisches Besitztum erklären? Dies jetzt zu thun, wird uns um so leichter fallen, als nicht eine der im fernem Osten interessierten Mächte es für nötig finden wird, aus diesem Anlaß Protest zu erheben. England ist durch den Krieg lahm gelegt, Frankreich ist unser Bundesgenosse, Deutschland wünscht jetzt weniger als je gegen uns vorzugehen und Japan endlich hat schon mit unserer Bewilligung genügenden Erfolg in Korea. Was aber China selbst betrifft, so wird man es in Beijing schwerlich für vorteilhaft erachten, sich mit Rußland, diesem mächtigen Nachbarn, nicht zu verständigen.“

#### Frankreich.

Das **französische Ministerium** hat bei den Verhandlungen in der Deputiertenkammer vom Dienstag wieder recht günstig abgeschnitten. Duguesne fragte an wegen der Unruhen auf Martinique und verlangte Abberufung des dortigen Gouverneurs und General-Prokurators. Der Minister für die Kolonien, Decrais, erwiderte, man müsse genaue Nachrichten abwarten; die Ordnung sei wiederhergestellt und die Garnison zur Aufrechterhaltung derselben ausreichend. Guibert (Deputierter für Martinique) will die Anfrage in eine Interpellation umgewandelt sehen. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau forderte Berichtigung der Interpellation und die Kammer beschloß demgemäß. Die Kammer ging darauf zur Beratung des Budgets des Kriegsministeriums über.

**Paris, 14. Februar.** Deputiertenkammer. In der heutigen Sitzung wurde die Debatte über das **Heeresbudget** fortgesetzt. Der Berichterstatter Pelletan konstatierte, daß keiner von den Rednern die bisher zur Debatte das Wort ergriffen, die Notwendigkeit einer Reform der Militärverwaltung, auf die er in seinem Bericht hingewiesen, bestritten habe. Pelletan sagt ferner, daß die Zahl der aus dem Unteroffiziersstande hervor gehenden Offiziere geringer sei als unter dem Kaiserreich. Diesem Umstände könne nur dadurch abgeholfen werden, daß der Kriegsminister allein über das Avancement bestimme. Die Fortsetzung der Debatte wird so- dann auf morgen verlagert.

**Paris, 14. Februar.** Wie in juristischen Kreisen verstreut wird, soll der **Zola-Prozess** wegen der bevorstehenden Amnestie vertagt werden.

**Paris, 14. Februar.** Der **Erzbischof von Lyon** hat einen Hirtenbrief veröffentlicht, welcher seines politischen Charakters wegen beanstandet wurde und die Regierung veranlassen dürfte, gegen den Erzbischof vorzugehen.

#### Belgien.

**Ueber turbulente Auftritte** in der Brüsseler Deputiertenkammer wird vom Mittwoch aus Brüssel gemeldet: Bei der Beratung über die Erneuerung des Privilegs der Nationalbank kam es heute in der Kammer zu einem erregten Auftritte. Am Schlusse der gestrigen Sitzung hatten der Eisenbahnminister Liebaert und der sozialistische Deputierte Denis heftige Worte gewechselt; im Verfolg dieses Zwistes entstand heute ein thätlicher Zusammenstoß zwischen Socialisten und einigen Mitgliedern der Rechten, die sich gegenseitig gräßlich beschimpften. Die Sitzung mußte deshalb unterbrochen werden.

Nachdem die Sitzung der Kammer wieder aufgenommen worden war, erklärte der Präsident, daß er angesichts des thätlichen Angriffs des sozialistischen Abgeordneten Demblon auf den Abgeordneten de Blart die zeitweilige Ausschließung Demblons von den Sitzungen der Kammer beantragte. Demblon rüht sich, de Blart geohrfeigt zu haben, was letzterer bestritt. Die Kammer beschloß dann mit 70 gegen 20 Stimmen die **Ausschließung Demblons.** Dieser weigert sich, den Saal zu verlassen, worauf der Präsident die Sitzung aussetzt.

#### Dänemark.

**Verkauf dänischer Inseln an Amerika.** Kopenhagen, 13. Februar. Gegenüber der auswärts verbreiteten Meldung, dem dänischen Reichstag werde noch vor Ablauf der gegenwärtigen Session eine Vorlage betreffend den Verkauf der dänischen westindischen Inseln an Amerika für 12 Millionen Kronen unterbreitet werden, erfährt „**Migans Bureau**“, die Verkaufsvorlage sei bei der dänischen Regierung noch in keiner Weise angeregt worden. Die dänische Regierung nehme in der Frage eine passive Haltung ein. —

#### Portugal.

**Lissabon, 14. Februar.** Der Kolonialminister erwiderte in der Deputiertenkammer gegenüber dem Antrag Ferrera Almeida, betreffend den Verkauf eines Teiles der Kolonien, daß die Regierung und die öffentliche Meinung dem Antrag ablehnend gegenübersehen. In namentlicher Abstimmung wurde dann der Antrag Almeida einstimmig verworfen.

#### Rußland.

**Die Unterdrückung Finnlands.** Für die Zustände in Finnland bezeichnend ist eine Verfügung des russischen Generalgouverneurs in Helsinki an die dortige Ober-Präsidialverwaltung, die Censoren

darauf hinzuweisen, daß Artikel, welche nicht genau der im Reskript des Generalgouverneurs vom 8. Juni 1899 ausgesprochenen Willensmeinung des Zaren entsprechen, nicht zulässig sind.

Ferner hat der Generalgouverneur ein Reskript des Zaren veröffentlicht, welches die „unpassenden“ Bemerkungen der Landtagsstände über die bevorstehende Reorganisation des Militärwesens tadelt und als in Widerspruch stehend mit der Sachlage bezeichnet, da Finnland einen integrierenden, untrennbaren Teil Rußlands bildet. Der Zar erwartet von dem Generalgouverneur energisches Handeln, durch welches in der Bevölkerung Finnlands die Auffassung von der wahren Bedeutung der zur Stärkung der Bande zwischen dem Reich und dem Großfürstentum ergriffenen Maßnahmen befestigt werde. —

### Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung vom 14. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Herr v. Rheinbaben.

Die Specialberatung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt, und zwar noch bei dem Titel „**Minister**“.

**Abg. Kopsch** (freif. Sp.)

befehert sich darüber, daß in Ostpreußen ein Kreis-Schulinspektor in Ragnit auf Anordnung des Landrats amtlichen Lehrern seines Bezirks eine Aufforderung zum Abonnement auf das konservative Blatt „**Der Volksfreund**“ zugestellt hat. Es sei doch ein Mißbrauch der Amtsgewalt, wenn die Beamten sich in amtlicher Eigenschaft um die Verbreitung eines Parteiorgans bemühten. Daß es sich um ein solches handelt und nicht, wie der Landrat behauptet hatte, ein parteiloses Organ, das sich die Pflege monarchischer Gesinnung zur Aufgabe gemacht habe, haben die Gerichte als festgestellt angenommen. Das Blatt habe ja auch scharfe Artikel gegen die Kanalvorlage gebracht. Somit liege hier der Fall vor, daß ein Blatt, das die Regierungspolitik bekämpfe, von den Organen der Regierung selbst verbreitet werde.

**Minister Herr v. Rheinbaben:**

Soweit ich den Vorredner verstanden habe, handelt es sich um die Empfehlung eines Blattes durch Beamte. Materiell kann ich das Vorgehen der Beamten nur billigen, denn in Ostpreußen wird der Friede zwischen den einzelnen Klassen der Bevölkerung systematisch von der Socialdemokratie untergraben. Da ist es selbstverständlich in erster Linie Pflicht der Beamten, für die Erhaltung des Friedens und auch ihrerseits zu sorgen. Formell dagegen haben die Beamten nicht korrekt gehandelt, denn die Verbreitung von Zeitungen gehört nicht zu ihren Amtsbefugnissen. Ich habe deshalb mit dem Kultusminister gemeinsam bereits das Nötige verfügt, damit solche Fälle sich nicht wiederholen. Formell ist die Angelegenheit somit erledigt, über die materielle Seite werde ich mich mit dem Vorredner wohl schwerlich verständigen. (Beifall rechts.)

**Abg. Schmitz-Düsseldorf** (C.)

beklagt sich über die Verästelungen, denen das anständige Publikum in der Friedrichstraße ausgesetzt sei. Er legt eine Sammlung von Einladungskarten zu Vokalen vor, die mittelbar unzüchtige Bestrebungen fördern. Diese Karten seien ihm auf einer kurzen Straße der Friedrichstraße zugestellt worden. Solchen Verführungen, die für die Jugend verhängnisvoll wären, müßte energisch entgegengetreten werden. (Eine Anzahl Abgeordnete eilen zum Redner, um von diesen Einladungskarten Kenntnis zu nehmen.)

**Abg. Richter** (fr. Bg.)

kommt nochmals auf die Portohinterziehung zurück. Der Herr Minister hat eine unverständliche Untercheidung zwischen materiell und formell gemacht. Für mich steht fest, daß der betreffende Beamte die Portofreiheit im Interesse seiner Partei gemißbraucht hat. (Lebhafter Zustimmung links.) Durch solche Vorgänge werden nur die Geschäfte der Socialdemokratie gefördert. Die Regierung thäte wohl daran, wenn sie ihre Beamten von solchen Schritten zurückhalte. Gesetz und Beamte müßten nichts der Socialdemokratie gegenüber, die nur an der Täglichkeit und Nichtigkeit unserer gesellschaftlichen Ordnung scheitern kann. (Beifall links.) Der Kampf gegen die Socialdemokratie ist Sache der bürgerlichen Gesellschaft und nicht der Regierungspräsidenten und Schulinspektoren. —

**Ein Regierungskommissar**

erwidert, daß der Minister dem ostpreussischen Schulinspektor, der den „**Volksfreund**“ verbreitet habe, zwar materiell recht gegeben, ihn aber formell getadelt habe. Es sei Recht und Pflicht der Regierung, gegen die Socialdemokratie vorzugehen, wo sie nur könne. Daran teile sich auch für die Beamten das Recht und die Pflicht ab, überall gegen die Socialdemokraten vorzugehen, wo sie nur können. (Beifall rechts.)

**Abg. Dr. Friedberg** (natl.):

Der Standpunkt des Ministers wäre verständlich, wenn der „**Volksfreund**“ ein farbloses Blatt und geeignet wäre, den Frieden unter der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Das ist aber nicht der Fall. Das Organ verfolgt stark agrarische und antisemitische Tendenzen, richtet seine Spitze also gegen einen Teil der Unterthanen des Königs. Außerdem aber hat es den Kanal in heftiger Weise belächelt. Und nun erleben wir es, daß der ganze Regierungsapparat einer Provinz für ein Blatt mobil gemacht worden ist, das einen Standpunkt einnimmt, dessen Vertretung bei anderen Beamten mit Jurisdispositionstellung bestraft worden ist. Wenn ein Regierungspräsident für ein solches Blatt eintritt, dann kann man es wirklich den Landräten nicht verdenken, wenn sie glauben: Wenn wir den Kanal bekämpfen, handeln wir nicht gegen den Willen der Regierung. (Sehr richtig! links.) Der Herr Minister hätte gut daran getan, nicht bloß die formelle, sondern auch die materielle Seite der Angelegenheit zu mißbilligen. (Beifall links.)

**Abg. Goldschmidt** (fr. Sp.):

Herr v. d. Rede ist über seine eigene Schnelligkeit gestolpert. Ich hatte nun gehofft, daß der neue Minister auch den Redefehler Schieferlach beseitigen würde. Leider besteht der Fehler noch immer, und die Schnelligkeit, die er dem Abgeordneten Kopsch gegenüber entwickelt hat, läßt nicht vermuten, daß er den Fehler noch nachträglich aufheben wird. Woher leitet die Regierung ein Recht her, eine solche Agitation für ein konservatives Blatt durch ihre Beamten zu betreiben, die doch vom Gelde der Steuerzahler begabt werden? Wenn Sie versuchen, die Socialdemokratie durch die konservative Presse auszutreiben, dann heißt das, den Tausch durch Verleumdung auszutreiben. (Lachen rechts.) Die Socialdemokratie ist nicht durch die Macht ihrer Ideen, sondern durch die Fehler der Gegner groß geworden, nicht zuletzt durch die der preussischen Regierung. Socialdemokraten werden auch gemacht durch die Gesindelregulierung. (Lachen rechts.) Die Schaffung eines Oberpräsidenten für Pommern ist doch nicht so harmlos, wie der Minister es dargestellt hat. Nach meiner Ansicht soll eine Aufsichtsinstitution für die städtische Selbstverwaltung geschaffen werden. — Redner bringt weiter die Verhandlung des Schriftstellers Franz Wismacher am 17. Januar 1899 wegen Majestätsbeleidigung zur Sprache. Herr Wismacher wurde als Anathem verhängt und der Hauptverbauch damit begründet, daß Wismacher Schriftsteller sei. Konservativere Schriftsteller gelten freilich nicht als anathemverdächtig, namentlich wenn sie ihre Arbeiten so gut bezahlt erhalten, wie Herr v. d. Rede bei der „**Poli**“ (Poli! rechts.), auch wenn sie so staatsgefährliche Dinge thun, die es notwendig machen, sie aus ihrer amtlichen Stellung zu entfernen. (Lachen rechts.) Redner fragt an, welche Gründe es gehabt habe, daß die Verhaftung des Oberbürgermeisters von Berlin sich so lange verzögert habe und ob die Portalfrage damit in Zusammenhang stehe. (Lachen rechts.)

**Minister Herr v. Rheinbaben:**

Der Vorredner würde beim Assessorexamen glatt durchfallen (Heiterkeit links), er weiß nicht einmal, daß die Polizei Hilfs-

organ der Gerichte ist und als solche die Verhaftung bewirkt hat. Auf den Schiedsgericht und die Frage der Bestätigung des Oberbürgermeisters einzugehen, lehne ich ab. (Bravo! rechts.) Die Rede des Vorredners für die Socialdemokratie war wohl mehr für ein andres Haus, oder für eine Volksversammlung bestimmt. Es handelt sich nicht um die Kapitulation für ein conferatives Blatt, sondern um das bewußte Gegenüberreten der Beamten gegen die verheerende Thätigkeit, die die Socialdemokratie in Ostpreußen entwickelt. (Bravo! rechts.) Der Vorredner meinte, die Socialdemokratie sei durch die Fehler der Regierung gewachsen. Meiner Ansicht nach haben nicht wir die Socialdemokratie großgezogen, sondern die bürgerlichen Parteien tragen die Schuld, die der Regierung die Hilfe in diesem Kampfe verweigert haben. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.):

Ich halte es für die Pflicht der Beamten, alle Parteien vollkommen gleichmäßig und gerecht zu behandeln. (Bravo! links.) Sie haben gar kein Recht dazu, gegen irgend eine Partei amtlich Front zu machen. Welche Erfolge sind auch dadurch erzielt? Durch nichts mehr ist die Socialdemokratie gefördert worden, als durch die ungerechte Behandlung seitens der Behörden. Der Herr Minister wird doch hoffentlich wissen, daß das Ausnahmegericht gegen die Socialdemokratie längst beseitigt worden ist. Die Socialdemokratie hat ein Recht auf dieselbe Behandlung wie die andern Parteien. Andre Parteien können ja in die gleiche Lage kommen. Vor zwei Jahrzehnten noch galt das Centrum als staatsfeindlich. Und heute sind ja die Konfessionen viel größere Oppositionelle gegen die Pläne der Regierung, als die Socialdemokratie. (Lachen rechts.) In aktuellen Fragen steht die Socialdemokratie der Regierung näher, als der Bund der Landwirte. (Lachen rechts.) Ich erinnere nur an den Kanal. Und doch sind Gemeindevorsteher für den Bund der Landwirte thätig.

Minister Frhr. v. Rheinbaben

hält eine amtliche Thätigkeit von Gemeindevorstehern für den Bund der Landwirte für ebenso unzulässig wie für den „Nordost“.

Abg. v. Jagow (l.):

Ich würde den Beamten, der die Socialdemokraten nur von ihrer theoretischen Seite aus betrachtet, nicht für Pflichtvergessen, sondern einfach für unfähig halten. (Sehr richtig! rechts.) Wenn der Abg. Barth meinte, die Socialdemokratie stehe der Regierung näher als der Bund der Landwirte, dann hat er offenbar Regierung und Manchestertum verwechselt.

Abg. Dr. Keld (fr.)

erörtert die Wirkung der Aufhebung des Koalitionsverbots für politische Vereine. Die Socialdemokratie hat die Vorteile, die die Aufhebung den übrigen Parteien bringt, durch Nichtachtung des bis dahin bestehenden § 8 des Vereinsgesetzes schon vorweg genommen. Leider war es unmöglich, die Führer in wirksamer Weise zur Verantwortung zu ziehen und dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Alle bürgerlichen Parteien müssen der Socialdemokratie geschlossen gegenüber stehen. Der Anfang dazu ist bei den vorigen Wahlen gemacht; er muß bei den nächsten Wahlen fortgesetzt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Werner (Antif.)

fragt an, ob den Gefangenen wirklich die warme Unterkleidung entzogen worden sei, wie ein Artikel im „Vorwärts“ behauptet. Redner beklagt, daß es so häufig Juden gestalltet werde, ihre Namen gegen gute deutsche Namen zu vertauschen. Unter andern weist er auf den Fall des Professors Levy von Halle hin. Jemand, der Schmul heißt, wird, auch wenn er seinen Namen ablegt, im Innern doch immer ein Schmul bleiben. (Weiter links.)

Vom Regierungstisch wird dem Redner nicht geantwortet. Nach unbedeutender weiterer Diskussion verläßt das Haus die Fortsetzung der Beratung auf Donnerstag 11 Uhr. Schluß 4 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

**Parteiorganisation.** Die Parteigenossen Eberfelds beschließen, die Institution des Vertrauensmannes aufzuheben und sämtliche Parteigeschäfte dem Vorstand des Volksvereins zu übertragen.

**Gegen die Klotten-Vorlage** protestierten die Arbeiter Hannover in fünf Volksversammlungen, die einstimmig scharfe Resolutionen gegen die Milliardenveräußerung annahm. Auch in Gese m a n d e protestierten die Arbeiter in einer Versammlung und ebenso in Chemnitz. Die Versammlungen waren sämtlich überfüllt und die Protestresolutionen fanden allenthalben einstimmig Annahme. Auch im socialdemokratischen Verein in Essen wurde ein Protest gegen die Klotten einstimmig und ohne Widerspruch beschlossen.

**Totenliste der Partei.** In Hannover starb nach kurzer Krankheit der Parteigenosse Johann Wilhelm im Alter von 62 Jahren. Wilhelm gehörte in Hannover zu den Gründern des Verbands der Fabrikarbeiter.

**Der Magistrat von Kottbus** hat dem Arbeiter-Turnverein dort die städtische Turnhalle zu seinen Übungen überlassen. Dafür wird er von dem Junterblatte „Westenburger Nachrichten“ in einer Weise angerempelt, als ob er sich für die Einführung des Zukunftsstaates ausgesprochen hätte.

## Der Streik der Bergarbeiter.

In **Böhmen** wird der Ausstand ungeschwächt fortgesetzt. Das Scheitern des Einigungsverfahrens in Teschen, die Ablehnung eines Schiedsgerichts seitens der Unternehmer in Prag hat keineswegs deprimierend auf die Arbeiter gewirkt, die Zahl der anstehenden Arbeiter ist auf ihren bisherigen Stand geblieben. Nach weiteren einlaufenden Meldungen ist auch das Einigungsamt in **Kalena** nicht zu Stande gekommen, die Unternehmer sind der einberufenen Sitzung ferngeblieben, die Sitzung mußte deshalb ausgeschrieben werden. Die Absicht der Unternehmer tritt klar hervor, sie wollen den Kampf mit allen brutalen Gewaltmitteln unterdrücken, die Streikenden durch den Hunger wieder an die Arbeitstätten treiben. Die Kolllation verspricht wenig Aussicht auf Erfolg; so unerschütterlich fest, so andauernd ist bisher kein Lohnkampf in Ostpreußen ausgeschrieben und schließlich sind auch die Mittel aufgeschöpft, die in diesem großen wirtschaftlichen Kampf von den Arbeitern aufgebracht werden.

In **Ungarn** ist der Streik erloschen. Die Eisenarbeiter in Kaschau haben die Arbeit wieder aufgenommen und damit dürfte auch die geplante Lohnbewegung der Bergarbeiter versiegen.

**Leoben, 7. Februar.** Die Alpine Montanengesellschaft bewilligte die von dem Einigungsamte vereinbarten Zugeständnisse. Damit ist die Lohnbewegung in Seegraben beigelegt.

In **Deutschland** hat der Streik im Zwickauer Revier begonnen.

Aus **Zwickau** wird uns darüber vom 14. d. M. geschrieben: In zwei Abends stark besuchten Versammlungen beschloßen die Bergleute des hiesigen Reviers einstimmig, nachdem der Verein für bergbauliche Interessen, die Unternehmerkoalition, jedwede Unterhandlungsdort brüsk zurückgewiesen hat, heute, Mittwoch, den 14. d. Mts., in den Streik einzutreten. Kein Mittel hat die Bergarbeiterkoalition unversucht gelassen, um auf gutem Wege etwas bei der gegenwärtigen günstigen Konjunktur für sich herauszuschlagen, jedoch die reichen Grubenmagnaten und deren Verwaltungen sind nicht gewonnen, von ihrem horrenden Gewinn einen kleinen Teil auch denen zuzulassen, die Tag für Tag ihr Leben und Gesundheit im Interesse der Dividendenjäger in die Schanze schlagen. Nachdem die Grubenbesitzer schriftlich erklärt hatten, mit dem bei Beginn der Bewegung seitens der Bergarbeiter gewählten Komitee, weil es aus socialdemokratischen Agitatoren bestünde (es befanden sich in demselben der Reichstagsabgeordnete Sachs und noch vier früher gemäßregelte Bergarbeiter), in keine Unterhandlung eintreten zu wollen,

kam die Sonntagsversammlung der Bergarbeiter soweit entgegen, ein neues Komitee, bestehend aus Mitgliedern der einzelnen Bergarbeitervereine und Anknappungs-Krankenkassen, wählen zu wollen, jedoch sollten vorher die Kreishauptmannschaft und Amtshauptmannschaft Zwickau, sowie der Oberbürgermeister der Stadt Zwickau und auch das Bergamt zu Freiberg um Vermittelung angegangen werden und zwar in erster Linie um dahin zu wirken, daß Maßregelungen dieser Komiteemitglieder nicht vorkommen. Die angegangenen Behörden haben bis auf das Freiburger Bergamt, das zur Zeit ein Eingreifen noch für zu verfrüht hält und zu Verhandlungen von Belegschaft zu Werk ansetzt, wodurch die ganze Bewegung zu Grunde kommen würde, — ihre Intervention zurückgelehnt, jedoch die Grubenbesitzer haben auch die Vermittelung der Behörden strikte abgelehnt. Sie wollen keine Unterhandlungen, sie wollen den Kampf.

Angeichts der Lage der Dinge konnten die Bergarbeiter nicht anders handeln, als den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen und sich zum Kampfe rüsten.

Beide Versammlungen haben denn auch in einer gleichlautenden Resolution ihre Entrüstung über das rücksichtslose, ablehnende Verhalten der Bergbau-Unternehmer gegenüber den gerechten Arbeiterforderungen, die hauptsächlich in der Koststundensicht und 15 bis 20 Proz. Lohnhöhung, an welchen sie auch festhalten wollen, bestehen — ausgesprochen und beschloßen, die alte Kommission unter Hinzuziehung zwei aktiver Bergarbeiter weiter bestehen zu lassen und für Mittwoch den Streik zu proklamieren. Die Stimmung ist eine allgemein kampfesfreudige und die Nachrichten über Niederlegen der Arbeit heute Mittwoch früh geben zu großen Hoffnungen Anlaß. Selbstverständlich ist auch schon dafür gesorgt, daß den Arbeitswilligen der notwendige Schutz nicht ermangele, denn wie verlautet sind bereits in **Sch d e w i t z** (ein Vorort von Zwickau) 16 Gendarme eingesetzt. Die streikenden Bergarbeiter werden ihnen aber keine Gelegenheit zur Entfaltung ihrer „Amtsthatigkeit“ geben. —

Uebersaus eifrig und auch sonst dem Verhalten sächsischer Behörden entsprechend hat das Leipziger Polizeiamt einen Aufruf des Gewerkschaftsrates zur Sammlung für die streikenden Bergarbeiter verboten. Das Kartell wird nun die Aufforderung an die organisierten Arbeiter erlassen, und damit dürfte dem weiteren Eingreifen der Behörden ein Ziel gesetzt sein, da nur öffentliche Sammlungen verboten werden können.

Natürlich beginnt auch sofort die bürgerliche Presse ihre Verdächtigungen gegen die Arbeiter. Die „Dresdner Nachrichten“ erzählen der stonenden Welt, daß der Durchschnittslohn eines erwachsenen männlichen Bergarbeiters beim sächsischen Bergbau „in der Regel nach ständiger Schicht im Jahre 1898 1106,65 Mark“ betragen habe. Das ist einfach unmoqr! Die achtstündige Schichtzeit ist nur in einigen Gruben die Regel und wird auch dort so vielfach überschritten, daß im Durchschnitt mindestens eine zehnstündige Schicht herankommt. Im Zwickauer Revier ist aber, abgesehen von einigen heißen Arbeitsorten, an denen mehr als 28 Grad Celsius Wärme vorhanden sind, und einigen Orten, die besonders gefürchtet werden müssen, die achtstündige Schichtzeit überhaupt noch nicht Mode gewesen. Durch den großen Streik im Jahre 1889 wurde in den Arbeitsordnungen die zehnstündige Schichtzeit festgelegt. Seit zwei Jahren ist auch die zehnstündige Schicht auf allen Werken so gut wie ganz verschwunden. Die Verwaltungen dekretierten, daß die Schichtzeit auf 12 Stunden ausgedehnt wurde, wer nicht mitmachen will, hat das zu melden — und hat dann Maßregelungen durch schlechtlöhrende Arbeit, oder was auch öfters vorkam, gleich seine Entlassung zu gewärtigen. Ja, sogar die 12stündige Schichtzeit ist nicht lang genug, sie wird noch vielfach auf einer ganzen Anzahl hiesiger Werke durch sogenannte „Zehntel“ (Ueberstunden) überschritten, so daß die durchschnittliche Schichtzeit im Zwickauer Revier nicht weniger als 12 Stunden betragen wird.

Gegenüber solchen Thatsachen erlaubt sich aber das genannte Blatt von einer „der Regel nach ständigen Schicht“ zu reden.

Auch der Durchschnittslohn eines erwachsenen männlichen Arbeiters betrug beim sächsischen Bergbau im Jahre 1898 nicht 1106,65 M., sondern nur 915,86 M., wie aus dem neuesten statistischen Jahrbuch für Berg- und Hüttenwesen ersichtlich ist.

Kerner führt genanntes Blatt dann noch aus, daß sich im Accord der Verdienst noch wesentlich höher stelle, „daß der Häner in achtstündiger Schicht 4,30 M., der Lohnhauer 3,75 M. und der Tagearbeiter 3,50 M. verdienen könne“.

Daß die Angaben über die Bergarbeiterverhältnisse in den bürgerlichen Blättern flüchtig sind, geht schon daraus hervor, daß die Bergarbeiter im hiesigen und auch im Delnitz-Zugauer Revier in ihren Forderungen 8 stündige Schichtzeit, im Accord 4,30 Mark Mindestlohn für Häner etc. und 3,50 Mark für Förderleute verlangen, während für die Tagearbeiter 20 Prozent Zulage im Schichtlohn verlangt wird. Wenn die Blätter recht hätten mit ihrer Lohnangabe, so wollten die Bergarbeiter durch ihre Lohnforderungen jetzt ihren Lohn vermindern, anstatt aufbessern. Diese Thatsache ist ein deutlicher Beweis, daß alle die gegnerischen Lohnangaben falsch sind!

Trotzdem haben die Besizer alle Forderungen abgelehnt, sogar die von den Arbeitern nachgesuchte Vermittelung der Behörden. Mögen diese Kohlenprogen nun auch die Folgen ihres hochmütigen Gedarens tragen und die Industrie mag diese für allen Schaden verantwortlich machen.

Auch die Bergleute im Ruhrgebiet regen sich. Die Vorstände des alten Verbandes und des Gewervereins christlicher Bergleute haben gemeinsam folgende schon seit Jahren geltend gemachte Forderungen wiederum an den bergbaulichen Verein und die Zehnderverwaltungen des Ruhrreviers eingereicht:

1. Möglichste Ausgleichung der Löhne.
2. Freiwilligkeit der Ueberstunden.
3. Anständige Behandlung der Arbeiter.
4. Ueberlassung guter Brandlöcher zum Selbstkostenpreise.
5. Einrichtung von Verbandshütten. Ausbildung von Sanitätsmannschaften. Anschaffung von Transportwagen für Verletzte.
6. Säuberung der Waschlauen resp. Schaffung von Brausebädern.
7. Genügend große, saubere Umkleideräume, nebst Gelegenheit, die Kleider sauber aufzubewahren.
8. Stellung von sicheren Gehäkelstühlen.
9. Teilnahme der Arbeiter an den Unterstützungskassen.

Ob auf diese gewiß entscheidenden Forderungen die bis zum 1. März gewünschte befriedigende Antwort erteilt werden wird, bleibt abzuwarten. — Den Bergbehörden und der Regierung ist von dem unternommenen Schritt sofort Mitteilung gemacht worden.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

**Achtung, Tapezierer!** Die Posierer der Firma K a l m b a c h, Potsdamerstr. 98, haben einmütig, da sie den Klebern gegenüber als Streikbrecher verurteilt werden sollten, die Arbeit niedergelegt und ist diese Werkstätte, da Herr Kalmbach durchaus kein **V e d ü r f n i s** hat, mit der Kommission zu verhandeln, für Posierer und Kleber zu meiden. Bei der Firma H a a f e, Steglitzerstr. 11, wurden zwei Tapezierer gemahregelt. Bei der Firma **S c h i e b l i c h**, Wälowstr. 36, sind gleichfalls Differenzen entstanden; auch hier wurde eine Besprechung mit der Kommission abgehalten und sind die für die Arbeiter angestellten Verechtigungsarten ungültig. Nach allen diesen Werkstätten, sowie nach der Werkstätte von **F r i t s c h e**, Trammesstraße, ist der Zugang ferngehalten. Die Kollegen von Großhans haben die Arbeit wieder aufgenommen, da das Verlangen, Accordarbeit einzuführen, nach Verhandlung von der Firma zurückgenommen wurde.

Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

In der **Giecherei** von Steinlopf in Budau sind Differenzen wegen starker Reduzierung der Accordpreise ausgebrochen. Wenn nicht ein Uebereinkommen erzielt wird, dürften die Former die Arbeit niederlegen, was wir jeden Metallarbeiter zu beachten bitten. —

**Zum Streik der Weber in Kupferdreh.** Wohl selten steht in einem Kampf mit seinen Arbeitern der Unternehmer so isoliert da, wie der Fabrikant Colsmann in Kupferdreh bei Essen. Nicht nur wendet sich die Bürgerschaft der Gemeinde auf Seiten der Arbeiter, auch die Behörde sympathisiert mit den Ausständigen. Das hat allerdings seine Ursachen. Der reiche Fabrikant war nicht nur rücksichtslos gegenüber den Arbeitern, sondern gegen jeden, mit dem er in Berührung kam. Er besah das Geschick, sich durch sein Auftreten in allen Kreisen unbeliebt zu machen. Seiner Zeit wurde sogar in einer Gemeinderatsversammlung die Handlungsweise des Herrn Colsmann einer scharfen Kritik unterzogen. Durch die Finanzpolitik des Herrn Colsmann war nämlich die Gemeinde sehr denachteiligt. Man hatte im Gemeindebureau wahrgenommen, daß der durchschnittliche 14tägige Lohn für erwachsene Arbeiter 33,00 M. beträgt. Von einem solchen Lohn können natürlich die Arbeiter keine Steuern bezahlen, im Gegenteil, die Gemeinde muß zum Teil noch für den Unterhalt der Weber sorgen. Zwei Drittel des Armenrates reichen gerade zur Unterstützung armer Weberfamilien. Hier hat eine Behörde eklant nachgewiesen, daß nicht die billigen Arbeiter, die Streikbrecher zu den staatsbehaltenden — sondern zu den gemeinschädigenden Elementen zu rechnen sind.

Herr Colsmann hat es übrigens auch während des Streiks verstanden, sein herrisches Wesen fähig zu lassen. Er hat nicht nur die Vertreter der Arbeiter, sondern auch den Bürgermeister von Kupferdreh, der vermitteln wollte, scharf zurückgewiesen. Und wozu alle die Rücksichtslosigkeiten? Stellten die Arbeiter vielleicht weitgehende Forderungen? Durchaus nicht! Der Fabrikant hatte sie in den Ausstand getrieben, weil er die Organisation vernichten wollte. Jetzt allerdings, nachdem sich Herr Colsmann seit bereits 4 Wochen weigert, die den Arbeitern gesetzlich gewährleisteten Staatsbürgerrechte anzuerkennen, drehen die Arbeiter den Spieß um; in der letzten Versammlung wurde beschloßen, die Arbeit erst dann wieder aufzunehmen, wenn neben der Anerkennung der Organisation, eine 10 prozentige Lohnhöhung eintrete.

Ausland.

In **Antwerpen** haben sich die Zimmerleute dem Ausstand der Metallarbeiter angeschlossen, was auch die Schiffsverleger zu thun geben, falls ihre Forderungen betrefss Verklärung der Arbeitszeit innerhalb 3 Tagen nicht berücksichtigt werden sollten.

## Vom Kriegsschauplatz.

Die jetzt südlich vom Zugela stehenden Boeren beginnen den Engländern ungemütlich zu werden. General Buller sandte folgendes Telegramm aus dem Lager von Chiveley vom 13. Februar:

Der General Dundonald mit 700 Mann Infanterie, einem Bataillon Jäger und einer Batterie unternahm gestern eine Reconnoissance. Die Boeren zeigten sich mehrere Mal, um gleich darauf wieder zu verschwinden. Wir töteten zwei Boeren. Einige Stunden später kehrte der Feind zurück, und zwar in bedeutender Anzahl. Dann begann der Feind zu schießen, wodurch einige Leute von uns verwundet wurden. Einige Jäger werden vernicht. Unter den Verwundeten befinden sich fünf Offiziere.

Der Vorstoß auf Kimberley

wird bald erfolgen müssen, wenn die Möglichkeit auf Entsay der Stadt nicht ganz schwinden soll. Denn nach Mitteilungen der „Central News“, die in Kimberley am 13. Januar abgegangen sind, ist die Lage in der Stadt höchst bedenklich. Die Einwohner leben unter allen möglichen Entbehrungen, und selbst die kleine Nation Pferdefleisch, die ihnen täglich zugebilligt wurde, wird nicht mehr lange verteilt werden können. Die Sterblichkeit ist schon seit dem Dezember sehr hoch, besonders unter den Kindern, für die es an jeder angemessenen Nahrung fehlt. Inzwischen können die Verhältnisse in der von über 30 000 Menschen bewohnten Stadt sich nur noch verschlechtern. Lord Roberts hat bereits drei Infanteriedivisionen und die Kavalleriedivision French vereinigt und soll beabsichtigen, Cronjes Infan Fligel zu umgeben.

Die Belagerung von Mafeking.

Die „Ball Mail Gazette“ veröffentlicht folgende, in Gaborones am 2. d. Mts. ausgegebene Meldung aus Mafeking ohne Datumangabe: Baden-Powell erhielt von Roberts eine Mitteilung, in der ihm versprochen wird, daß ihm in wenigen Wochen Hilfe gesandt werden würde. Die Nahrungsvorräte in Mafeking werden ausreichen. Die Boeren haben die Absicht kundgegeben, die Garnison nicht durch Kampf, sondern durch Aus Hungern zur Uebergabe zu zwingen.

Vom mittleren Kriegsschauplatz.

Aus **Kensburg** wird vom Dienstag gemeldet: Die Jurisdiction der englischen Truppen aus ihren Stellungen einschließlich des Colesoy nach westlich gelegenen Positionen wurde nötig, da sich herausstellte, daß auf dem Vorkamp, der das ganze Gelände in der Munde beherrscht, eine **starke Boerenfreimacht** mit einem schweren Geschütz stand.

Nach einem Telegramm der „Daily Mail“ aus **Kensburg** ist der englische Rückzug auf einen **schwereren Kampf** zurückzuführen, als man geglaubt hatte. Die Verluste seien auf beiden Seiten groß. Es sei zweifelhaft, ob die Engländer **Kensburg** halten können.

Zersfahrten einer englischen Truppe.

In einer Korrespondenz des „Petit Bleu“ aus Pretoria wird berichtet, daß in den letzten Tagen des Dezember 2000 englische Soldaten an den Ufern des Napataflusses an der Grenze von Swasiland und dem portugiesischen Gebiet angekommen seien, welche während des Rückzugs auf Dumbec von den Truppen des Generals White getrennt worden und wochenlang im Zululande umhergeirrt seien. Sie seien ohne Stiefel und stark ausgehungert auf portugiesischem Gebiete angelangt, wo sie entwaffnet worden seien. Von diesen zweltausend Engländern glaubte man, sie seien mit General White in Ladysmith eingeschlossen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein **gewaltiger Ladenbrand**, bei dem Menschenleben gefährdet waren, kam gestern Abend kurz vor 10 Uhr in dem Kaufhause von Adolf Lewinski an der Ecke Schwedterstraße und Kasernen-Allee zum Ausbruch. Als der erste Lösckzug aus der Oberbergstraße heranfuhr, schlugen bereits große Flammen aus den Schaufenstern zum ersten Stockwerk empor und Hilfe rufend standen die Bewohner der oberen Stockwerke an den Fenstern. Sofort wurden Lösckmannschaften nach oben gesandt, um die Wängstigen teils zu beruhigen, teils über die verqualmten Treppen ins Freie zu führen. Als ein **Glas** erwies es sich, daß der zuerst eingetroffene Zug eine Dampfstrige führte, die sofort wirksam die bereits brennende erste Etage schätzte.

Flottentauel in Frankreich.

**Paris, 14. Febr.** Gegenüber dem Gesegentwurf der Regierung, betr. die **Vermehrung der Flotte**, brachte der Deputierte Fleury-Rabarin einen Antrag ein, in welchem der Bau von einer noch größeren Anzahl von Panzern und Torpedobooten gefordert wird, als im Regierungsentwurf.

**Bremen, 14. Februar.** (B. Z. B.) Die Rettungsstation **Cuzhaden** der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger telegraphiert: Am 14. Februar von dem auf Scharhoern gestrandeten deutschen Filderkutter „Preciosus“, Kapitän Wolmann, drei Personen durch das Rettungsboot der Station „Eibenschiff“ 2 bei Ostwind und stürmischem Schneetreiben und hohem Seegang gerettet. **Bading** in Berlin. **Gierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.**

Reichstag.

118. Sitzung vom 11. Februar 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Buchta.

Die zweite Beratung des Kolonialgesetzes wird fortgesetzt bei den gestern zurückgestellten, auf Eisenbahnen bezüglichen Titeln. Zunächst stehen zur Beratung die Forderungen für Ostafrika betr. Fortführung der Bahn Tanga-Mafesa bis nach Morogoro und betr. Ergänzung der Vorarbeiten für die Bahn Dar-es-Salaam bis Morogoro und für die telegraphische Verbindung von Dar-es-Salaam und Kiliffa.

Die Kommission beantragt Bewilligung der Forderungen.

Abg. Dabach (C.):

Unsere Kolonien kosten uns einen Betrag, den man früher jedenfalls nicht vorausgesehen hat. Das Reich soll einen Zuschuß von ca. 30 Millionen in diesem Jahre wieder leisten. Ob diese Summen sich einmal wieder einbringen werden, beruht nur auf Hoffnung. Speziell für die Usambara-Bahn in Ostafrika haben wir für Erwerb, Instandsetzung und Betrieb bisher 2 Millionen aufzuwenden gehabt. Jetzt werden nun noch für Fortführung der Bahn 72 000 M. gefordert. Diese bitte ich Sie, zu streichen. Die Hoffnungen, die man auf die Rentabilität der Bahn gesetzt hat, haben sich absolut nicht erfüllt.

Der Kaffeebau hat unter einer gewaltigen Dürre in den letzten Jahren außerordentlich gelitten, während und früher gesagt wurde, die Produktionsfähigkeit des Landes für Kaffee sei eine ganz hervorragende. Wenn die Bahn wirklich so rentabel wäre, wie behauptet wird, weshalb wird sie denn nicht von deutschen Unternehmern weiter gebaut? Vom Deutschen Reich kann man nicht verlangen, daß es ungezählte Millionen dort anlege, deren Rentabilität äußerst zweifelhaft ist. Ich schlage also vor, die Bahn nicht über die bisher gebaute Strecke weiterzubauen.

Ferner werden für die Ergänzung der Vorarbeiten für die Bahn Dar-es-Salaam bis Morogoro 100 000 M. und für die telegraphische Verbindung von Dar-es-Salaam und Kiliffa 20 000 M. gefordert. Ich bitte für Ergänzung der Vorarbeiten, denn bereits 1896 hat ein Komitee im Auftrage der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft Vorarbeiten vorgenommen. Diese reichen aber nicht aus. Es ist die Hoffnung ausgesprochen worden, daß das Unternehmen in absehbarer Zeit selbständig und rentabel werden wird. Damit hat man allen Einwänden vorbeugen wollen, die sich dagegen richten, daß die Fortführung dieser sogenannten Centralbahn dem Reich noch ungezählte Millionen kosten wird. Ein Beweis dafür, daß diese Bahn sich rentieren wird, ist aber nicht zu liefern und nachdem wir solches Versprechen mit dem Ansatze der Usambara-Bahn gehabt haben, haben wir allen Grund, äußerst vorsichtig zu sein. Ich bitte Sie, auch diese Forderung abzulehnen. Wenn jetzt ungezählte Millionen für eine Flotte gefordert werden und im Abgeordnetenhaus die kostspielige Kanalvorlage zur Verhandlung steht, so muß man doch angesichts dieser Forderungen fragen, liegt denn bei uns in Deutschland das Geld auf der Straße? (Beifall im Centrum.) Das ist doch nicht der Fall. In Deutschland ist eine so große Fülle von neuen Unternehmungen im Gange, daß alles verfügbare Geld dabei verbraucht wird. Es wäre besser, wenn wir den Strom der Auswanderer im deutschen Lande festhielten, dann würde auch nicht so über Leutenot bei uns geklagt werden müssen. Rüge sich das deutsche Kapital doch an den dortigen Unternehmungen beteiligen, das Geld der Steuerzahler darf dafür nicht verwendet werden. (Beifall im Centrum.)

Direktor v. Buchta:

Der Herr Vorredner steht auf dem Standpunkt eines ängstlichen Sparjansen Privatmanns, der sein Geld für seine Kinder zusammenklaubt. Wo es sich aber darum handelt, für eine große Sache Gelder des Reichs zu bewilligen, da ist dieser Standpunkt nicht annehmbar, und es wäre sehr verhängnisvoll, wenn der Regierung das Geld vom Reichstag zur Weiterverfolgung ihrer Pläne verweigert würde. Wir sollen schlechte Geschäfte mit der Bahn gemacht haben. Vom Standpunkt des Reichs ist das aber wieder nicht richtig. Für uns kommt es darauf an, das Land dort zu kultivieren, Handel und Wandel dort zu beleben. Von diesem Standpunkt haben wir recht gehandelt, die Usambara-Bahn anzufangen. Wenn das deutsche Kapital sich nicht auf solche ertöschlichen Unternehmungen einläßt, so liegt das daran, daß es von andern Unternehmungen zu vielfach in Anspruch genommen ist. Mit den Ausfichten dieser Usambara-Bahn steht es durchaus nicht so schlecht, wie der Vorredner meint. Wenn der Verkehr sich erst hebt, so werden wir sicher recht gute Einnahmen von ihr haben. Was die Rentabilität des Kaffeebaus anlangt, so habe ich wiederholt darauf hingewiesen, daß vor einiger Zeit dort eine Dürre geherrscht hat, wie sich die ältesten Leute dort einer ähnlichen nicht entsinnen können. Daraus geht schon hervor, daß eine solche Dürre äußerst selten vorkommt. Die Berichte der Kaffeebau-Gesellschaften, die mir zugegangen sind, lauten übereinstimmend dahin, daß, nachdem die Folgen der Dürre überwunden sein werden, die Kaffeeplantagen einzeln ganz erheblichen Aufschwung nehmen werden. Ich bitte Sie dringend, dem Standpunkt der Regierung nachzugeben und keinen Abstrich vorzunehmen. — Der Herr Vorredner hat danach von der Centralbahn gesprochen. Es handelt sich aber nur um eine Stichbahn. Ob dieselbe später weiter gebaut werden soll, ist eine offene Frage. Der Reichstag bindet sich durchaus nicht, für den Weiterbau später Mittel zu bewilligen.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Der Herr Kolonialdirektor meinte, der Abg. Dabach vertrete den engherzigen Standpunkt des Privatmanns. Auf diesen Standpunkt könnte man sich bei der Verwaltung der Kolonien nicht stellen. Der Privatmann wirtschaftet aber mit seinem eigenen Gelde und kann damit schließlich machen, was er will. Das Deutsche Reich dagegen arbeitet mit dem Gelde der Steuerzahler und sollte sich daher nicht auf Unternehmungen einlassen, die in keiner Weise rentieren. (Sehr richtig! links.) Ich behaupte, in Preußen und in ganz Deutschland wird eine Bahn nicht gebaut, wenn so wenig wirtschaftliche Aussichten vorhanden sind, wie hier in diesem Falle. Man erwidert die Kolonien, um dem deutschen Kapital Gelegenheit zu geben, rentabel zu wirtschaften, niemals, um den wilden Völkern Wohlthaten zu erweisen. Aber die deutschen Kapitalisten achten diese Gelegenheit, ihr Geld anzulegen, zu gering. Gerade die Erfahrungen mit der Usambara-Bahn müssen abschreckend wirken auf das deutsche Kapital. Mit der Erwerbung der Usambara-Bahn haben wir ein schlechtes Geschäft gemacht, obwohl wir nur die Hälfte dessen bezahlt haben, was sie wert sein sollte. Jetzt schon stellen sich die Auswendungen für diese Bahn auf 4 Millionen Mark. Der Gesamtkostenanschlag, der uns heute vorliegt, ist um 300 000 M. höher als der des Vorjahres. Auch was die Rentabilität der Kaffeebahn betrifft, sieht man die Hoffnung auf die Zukunft. Aber irgend ein Beweis, daß die Bahn rentieren wird, ist bisher noch nicht erbracht worden. Die Berichte, die über diese Bahn geschrieben sind, sind lediglich zu dem Zweck geschrieben, uns zur Weiterführung der Bahn zu ermuntern. (Sehr richtig! links.) Im vorigen Jahre ist ausgeführt worden, die Usambara-Bahn werde sich sicher rentieren. Man rechnete uns vor, daß sich schon für das Jahr 1900 aus dem Transport von Kaffee sich 117 000 Mark ergeben würden. Ich schlage die Rechnung auf und finde, daß aus 117 000 Mark mit einem Mal 7000 M. geworden sind. (Hört! hört! links.) Wie reimt sich das zusammen? (Weiterkeit.) Da hatten wir doch recht, wenn wir damals gegen die Erwerbung der Bahn stimmten. Und hätten alle so gestimmt, dann wäre es nicht gekommen, daß man jetzt ohne weiteres verlangt, der Reichstag solle nur auch die Mittel bewilligen für die Weiterführung der Bahn bis Morogoro. Der Kolonialdirektor sagt, der Reichstag

habe stillschweigend die Verlängerung der Bahn gutgeheißen. Wir sind aber keineswegs gewohnt, derartige Unternehmungen stillschweigend gutzuheißen. (Sehr richtig! links.) Der Kolonialdirektor meint weiter, wenn die Bahn nicht fortgebaut werde, werde das in weiten Kreisen schmerzlich empfunden werden. Wer sind denn diese „weiten Kreise“? Das sind der Kolonialrat und die wenigen Personen, die sich für Kolonial-Angelegenheiten besonders interessieren. (Sehr richtig! links.) Endlich wird gesagt: Lehnen wir die Fortführung der Bahn ab, so wird das auf die deutschen Afrikaner einen niederdrückenden Eindruck machen. Wer sind denn die deutschen Afrikaner? (Weiterkeit.) Ich kenne sie nicht. Wir wollen Geld nur da anlegen, wo sich die Anlage auch wirklich rentiert. Wobin bin ich aber nicht überzeugt, daß das hier der Fall sein wird. Deshalb beantrage ich, die beiden Titel an die Kommission zurückzuerweisen. Man glaubt, wenn der Reichstag einmal A gesagt hat, müsse er auch B sagen. Darin täuscht man sich. Nun sagt der Kolonialdirektor, die neue Bahn wird durch Plantagenländereien führen. In der Gegend ist aber keine einzige Plantage. Er meint gewiß, in Zukunft könnten vielleicht Plantagen dahin kommen. (Weiterkeit.) Nur zwei Missionsanstalten sind dort. Aber allein deswegen die Bahn zu bauen, lohnt doch nicht. Bevor wir das Geld für die Vorarbeiten bewilligen, muß durch objektive Urteile festgestellt werden, wie weit die Voraussetzungen für diese Bahn vorhanden sind. Es muß immer erst eine gewisse Kultur da sein, die durch die Eisenbahn gesteigert werden kann, und das ist hier nicht der Fall. Auch bei der Arbeiterfrage ergeben sich große Schwierigkeiten. Die Herren rechnen darauf, wenn einmal ein Regierersicht keine Träger mehr braucht, werden diese am Bau der Bahn helfen. Schöne Hoffnungen! Und wo soll der Transport herkommen? Schon jetzt erleben wir, wie wenig der Kaffee einbringt. Und der Transport von Eisenbahn und Kaufmann ist doch auch nicht bedeutend. Herr Dabach hat bereits sehr richtig auf die großen Ausgaben verwiesen, die jetzt dem Reich durch die Flotte und Preußen durch den Kanalplan erwachsen. Wenn die ganze Centralbahn ausgeführt werden sollte, so würde sie 250 Millionen Mark kosten. (Hört! hört! links.) Wir werden hier förmlich gedrängt zu neuen Eisenbahnbauten, während Herr v. Riquel bei der ersten Etatberatung im preussischen Abgeordnetenhaus erklärt hat, er habe keine Eisenbahnbauten angewiesen, nur die allernotwendigsten Eisenbahnbauten vorzunehmen. Ich halte es für dringend notwendig, daß diese ganze Angelegenheit nochmals gründlich geprüft wird und beantrage daher, wie gesagt, Zurückverweisung dieser beiden Titel an die Budgetkommission. (Beifall links.)

Abg. Graf Arnim (Rp.):

Nachdem gestern der Abg. Bebel in Koloniallandaleen geschweigt hat, begrüße ich es mit Freuden, daß wir heute Gelegenheit haben, wirtschaftliche Fragen gründlich zu erörtern. Herr Richter steht in kolonialpolitischen Fragen auf einem so exponierten Standpunkt. Das heißt, seine Ansichten werden so wenig von der großen Mehrzahl der Nation geteilt, daß ich eine eingehende Beantwortung seiner Rede nicht für nötig halte. (Wachen links.) Ich will nur kurz auf sie erwidern. Herr Richter setzt sich bei der Betrachtung kolonialer Verhältnisse stets eine dunkle Brille mit ganz schwarzen Gläsern auf, so daß er alles schwarz in schwarz sieht. Er behauptet, Eisenbahnen könnten sich dort nicht rentieren. Wir gehen aber nicht bloß des Geldes wegen in die Kolonien. Die deutsche Nation ist berufen, jenseits des Meeres kulturell zu wirken. Die Usambara-Bahn hat im ersten Jahre tatsächlich einen Betriebserfolg gehabt und wird sich zweifellos mit der Zeit gut rentieren. Ueber den Kaffeebau spricht sich allerdings die Deutschschrift nicht besonders günstig aus. Der Kolonialdirektor hat aber schon darauf hingewiesen, daß alle Aussichten vorhanden sind, daß der Kaffeebau in nächster Zeit sich gut rentieren wird. Auf der Bahn könnten außerdem viele andere Lebensmittel, Maschinen usw. befördert werden. Die Gegend dort eignet sich ausgezeichnet zum Anlegen von Schneidmüllereien. Eine Reihe von Produkten, wie Mais, Bananen usw. könnten dort gezogen werden, wenn der Transport so billig wäre, daß sie ohne große Kosten nach der Küste geschafft werden könnten. Ich bitte Sie, die Forderung der Regierung zu bewilligen, denn ich glaube doch, der Grundgedanke des Abg. Richter: „Nur immer langsam voran, daß der deutsche Fortschritt nachkommen kann“, ist kein sehr richtiger.

Abg. Frese (fr. Sp.):

Der Reichstag hat stets bewiesen, daß er für die Kolonien etwas thun will. Aber wir müssen auch dafür sorgen, daß nicht fortgesetzt Fehler gemacht werden. Aus den Ausführungen des Abg. Dabach erziehe ich, daß das Centrum für die Usambara-Bahn nichts mehr bewilligen will. Wenn eine Privatgesellschaft unglücklich gebaut hat, braucht der Reichstag ihre Fehler nicht wieder gut zu machen. Herr Dabach hat aber weiter gesagt, daß es nicht richtig wäre, den Strom deutscher Auswanderer nach den Kolonien zu begünstigen, dadurch würde die Leutenot gefördert, dagegen muß ich erwidern, daß von einem Strom deutscher Auswanderer seit Jahr und Tag nicht die Rede ist. (Sehr richtig! links.) Was die Rentabilität der Usambara-Bahn anlangt, so stehen die Einnahmen der Bahn und die Erwartungen, die wir daran geknüpft haben, jedenfalls in gar keinem Verhältnis. Ich schließe mich dem Antrage Richter an auf Zurückverweisung der Position an die Kommission. In diesem Jahre sollten wir mit Rücksicht auf die Flottenvorlage besonders vorsichtig mit großen Ausgaben sein.

Abg. Bebel (SoC.):

Graf Arnim hat gesagt, ich hätte gestern in Koloniallandaleen geschweigt. Ich hätte das nicht gelohnt, wenn nicht leider solche Ständale vorhanden wären. Ich möchte Sie daher auffordern, ihrerseits dafür zu sorgen, daß solche Koloniallandale nicht wieder vorkommen. Wir unterscheiden uns darin von Ihnen, daß Sie sich bemühen, solche Ständale nach Möglichkeit zu vertuschen (sehr richtig! links, sehr unrichtig! rechts), während wir es für unsere Pflicht halten, sie hier zur Erörterung zu bringen. Graf Arnim warf dem Abgeordneten Richter vor, er male schwarz in schwarz. Ihn kann man aber gerade den entgegengesetzten Vorwurf machen. Niemand ist bisher in dem, was er von den Kolonien erwartet hat, so enttäuscht worden wie gerade er, während umgekehrt das, was wir vorausgesetzt haben, eingetroffen ist. Es hat seiner Zeit in der That eine Täuschung der Kommission und des Reichstags vorgelegen in Bezug auf die voraussichtliche Rentabilität dieser Bahnvorlage. Allerdings hatten wir und die Freisinnigen gleich von vornherein behauptet, daß die Verhältnisse nicht so lagen, wie sie geschildert wurden. Ich wies schon früher darauf hin, daß der einzige regelmäßige Zug, der auf dieser Bahn geht, alle Sonnabende abgelassen wird, um die Herren Beamten auf die Löwenjagd zu bringen. Die Deutschschrift selbst gibt zu, daß die Zustände auf der Bahn nicht besonders gute sind. Das Material der Bahn ist reparaturbedürftig, die Lokomotiven sind in einem Zustand, daß immer nur eine Maschine fahren kann, während die beiden andern reparaturbedürftig sind. Die Steigerung des Transportes im Monat Juni hat vor allem ihre Ursache in der Verschwendung von Lebensmitteln in die Distrikte, in denen Hungernot geherrscht hat. Ohne dieses Unglück also wäre der Transport ein wesentlich niedriger gewesen. Durch die Hungernot sind damals 61 000 Menschen hingerafft worden. Das beweist, daß an eine Rentabilität der Bahn gar nicht zu denken ist, ganz abgesehen von den Zuständen auf den Kaffeeplantagen. Es ist daraus zu ersehen, daß auch in Indien Hungernot herrscht. Dort aber sind es vielleicht 9 Millionen Menschen, die unter der Hungernot zu leiden haben, denen eine Gesamtbevölkerung von 210 Millionen gegenübersteht und in einem Lande von hoher Kultur, dessen Verkehr und Handel sich mit dem Ostafrika nicht vergleichen läßt. Also darüber ist kein Zweifel, daß wir

in Bezug auf die Usambara-Bahn gründlich hineingefallen sind. Es ist weiter vielfach von der sogenannten Centralbahn die Rede gewesen, für die jetzt 100 000 M. gefordert werden. Herr v. Buchta will diese Bezeichnung Centralbahn nicht gelten lassen. Dazu mag er seine Ursache haben. Trotzdem aber handelt es sich in der That um eine Centralbahn, über die bereits eine große Literatur besteht. Beunruhigt der Herr Kolonialdirektor auch jetzt leugnet, daß die Bahn später weiter gebaut werden soll, was wird er thun, wenn er von den Kolonialfreunden doch dazu gedrängt wird, an den Reichstag mit einer Forderung zum Weiterbau heranzutreten. Wird er wie Herr Richter trotzdem im Antze bleiben oder wird er gehen? Aber wenn er auch geht, so bleibt uns doch die Centralbahn. Diese wird hauptsächlich heute bereits projektiert. In der offiziellen „Deutsch-Ostafrikanischen Jg.“ vom 18. Dezember vorigen Jahres stand, daß im letzten Monat die Vermessungsarbeiten zum Bau der Centralbahn begonnen hätten. — Man denkt an einen Anschluß an die von Cecil Rhodes zu bauende Bahn. Nun, daran mag man wohl im vorigen Jahre gedacht haben. Heute wollen wir nur erst abwarten, wie sich die Dinge in Südafrika entwickeln. (Sehr richtig! links.) Vorläufig ist Cecil Rhodes noch in Kimberley eingeschlossen und kann an keinen Bahnbau denken. Es steht aber fest, daß es für die englische Politik ein Bedürfnis ist, eine Bahn vom Nil bis Kapstadt zu bauen. Wenn England der Suezkanal versperret wird, muß es in der Lage sein, seine Truppen auf diesem Wege nach Indien zu schicken. Die Bahn ist also für England von eminent politischer Wichtigkeit; es muß sie bauen, koste es, was es wolle. Ein entschiedener Gegner der von uns zu bauenden Bahn ist Prof. Hans Meyer. Er führt aus, daß bei allen Bahnbauten in Tropengegenden die Erfahrung gemacht worden sei, daß sich die Ingenieure bei den Kostenschätzungen stets verrechnet hätten. Die Kongo-Bahn war anfangs auf 25 Millionen veranschlagt, jetzt ist man schon auf 65 Millionen gekommen. Die Kosten der Centralbahn dürften sich auf 120 Millionen Mark belaufen. Prof. Meyer wirft auch die Frage auf, was kann die Bahn kolonialpolitisch und wirtschaftlich nützen? Er sagt, das Innere Afrikas sei ungemein einfüßig und zum großen Teil steril. Das liege an den klimatischen Verhältnissen, die sich nicht ändern lassen. Zu den Bahnbauten würden noch die großen Entwässerungskosten hinzukommen, ohne die eine Ertragsfähigkeit des Landes gar nicht möglich sei. Weiter kommt Professor Meyer auf die Transportkosten zu sprechen. Kaufmann und Eisenbahn kommen nach ihm allein in Frage. Kein weiterer Artikel würde die Kosten auf weite Strecken aushalten. Also auch die Kolonialfreunde haben alle Ursache, genau zu überlegen, ob sie jetzt den Ausgaben, die für die neue Flotte verlangt werden, auch hier wieder ungenutzte Kosten für neue Kolonialunternehmungen hinzuzufügen wollen, deren Rentabilität sich gar nicht absehen läßt. Ich bewundere die Phantasie unserer Kolonialenthusiasten. Ich würde es verstehen, wenn Gymnasiasten von Tropicen und überhaupt von fremden Ländern hören, daß sie sich sofort die phantastischsten Bilder ausmalen. Aber von Reichstags-Abgeordneten darf man nicht die Phantasie eines Quarianers erwarten. Die müssen die Dinge nüchtern ansehen. Sie haben die Verantwortung gegenüber dem Volke, das sich sehr wundern wird, wenn ihm eines Tages die Rechnung aufgemacht wird. Also ich warne Sie, jetzt A zu sagen, damit Sie nicht in Zukunft B. und C. sagen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dabach (C.):

erklärt sich namens seiner Freunde für den Antrag Richter. In der Kommission müssen unbedingt noch nähere Aufschlüsse gegeben werden. Das Centrum hat im vorigen Jahre die höhere Summe für die Usambara-Bahn bewilligt, weil die Bahn zu billigerem Preise nicht zu haben war. Dem Kolonialdirektor erwidere ich, als Privatmann wirtschaftet ich nicht so sparsam, wie ich mich als Volkvertreter zu wirtschaften verpflichtet fühle. Wegen der Diskussion können wir ein wirtschaftlich verfehltes Unternehmen nicht gutheißen. Die deutschen Kaufleute gehen nicht gern nach den deutschen Kolonien, weil diese zu sehr unter der Bureaucratie zu leiden haben. Wenn soll denn auch die Bahn dort bauen? Das Klima ist sehr ungesund.

Direktor im Kolonialamt Dr. v. Buchta

weist noch einmal auf die Vorteile der Bahn hin. In Fällen von Hungernot und Dürre werde sie Lebensmittel herbeischaffen können. Auch dem Arbeitermangel werde die Bahn abhelfen. Er mache wiederholt darauf aufmerksam, daß der Bau einer Centralbahn von ihm aus nicht beabsichtigt sei, daß infolgedessen die abfälligen Urteile des Herrn Schneidmüller verfrüht seien. Er wolle nur ein Stichbahn, eine Bahn, die ins Innere führt, in Angriff nehmen.

Abg. Dr. Graf v. Stolberg (L.):

Der Abg. Bebel hat uns aufgefordert im Hinblick auf die Koloniallandale dafür zu sorgen, daß solche Dinge nicht wieder vorkommen. Wie sollen wir denn das machen? Wir können nur dringend wünschen, daß bei der Auswahl der Beamten die größte Vorsicht abzuwalten muß und daß die Schuldigen mit der besten Strafe des Gesetzes bestraft werden. Herr Frese sagte, der Reichstag sei über den Wert der Usambara-Bahn getäuscht worden. Wir sind uns über den Wert im Klaren. Er ist bis jetzt nicht groß. Wir sind aber Freunde der Kolonialpolitik und wollen sehen, ob nicht doch mit Mühe und Arbeit etwas aus unseren Kolonien zu machen ist. So lange wir uns nicht von der Vergeblichkeit dieses Versuchs überzeugen haben, wollen wir Geldmittel bewilligen. Freisinnige und Sozialdemokraten stehen ja auf grundsätzlich abweichendem Standpunkt. Bedauerlich aber ist es, daß das Centrum sich hier auch ablehnend verhält. Wie die Dinge einmal liegen, kann eine gedeihliche Kolonialpolitik nur mit Hilfe des Centrums gemacht werden. Wie sollen wir aber anders unsere Kolonien heben, als durch den Bau von Bahnen, da Flüsse nicht vorhanden sind. Das deutsche Kapital geht nicht nach Afrika, also muß das Reich eintreten. Gegenüber den Flottenausgaben handelt es sich hier doch um eine sehr kleine Ausgabe. Wir werden auch für den Antrag Richter stimmen, weil wir in der Kommission noch auf eine Verständigung hoffen. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Die Kolonialpolitik geht weiter, als Fürst Bismarck sie vorgezeichnet hat. Kolonie und Kolonie ist nicht dasselbe. Ich habe Geld für Kantonien bewilligt, für die Usambara-Bahn lehne ich es ab. Wir begünstigen die Kolonien jetzt hauptsächlich auf Kosten des Mutterlandes. Wo etwas zu holen ist, da beteiligt sich das deutsche Kapital schon. In Schantung ist ein Bahnbau vom Privatkapital in Angriff genommen worden. Ein Bahnbau soll Seuchen verhindern. Es kann auch umgekehrt sein. Gerade der Viehtransport kann Seuchen verbreiten. Die Herren rechts wollen in Afrika Bahnen bauen, in Preußen wollen sie aber den Mittellandkanal nicht bauen. (Sehr gut! links.) Für Afrika sind Millionen da, für den Kanal nicht. Man hat das Centrum durch den Hinweis auf die Missionen zu gewinnen gesucht. Missionen gab es schon, ehe es eine deutsche Kolonialpolitik gab. Es ist sehr die Frage, ob nicht die Ausbreitung der politischen Herrschaft den Missionen mehr schadet als nützt. (Sehr richtig! links.) Graf v. Arnim sagte: Für Herrn Richter heißt es immer langsam voran in der Kolonialpolitik. Nein, wir gehen nicht nur langsam voran, wir betreten überhaupt nicht die falsche Bahn. (Sehr gut! links.)

Abg. Dr. Stockmann (Rp.):

In den Distrikten, die die Usambara-Bahn durchkreuzen soll, befinden sich die Kaffeeplantagen in guter Verfassung. Es besteht also die beste Hoffnung, daß sich die Bahn rentieren wird.

**Abg. Döblich (C.)**

wiederholt, der Bahnbau müsse dem Privatkapital überlassen bleiben. Das Reich solle sich darauf beschränken, den Privatgesellschaften den Schutz des Reiches zu gewähren. Graf Stolberg sprach von einigen Millionen, die gegenüber der Flottenvorlage nicht ins Gewicht fallen. Die Millionen leppern sich aber zusammen. (Große Heiterkeit.)

**Abg. Dr. v. Siemens (fr. Vg.):**

Ich halte mich für verpflichtet zu erklären, daß ich für meine Person eine gewisse Begeisterung für die geplante Centralbahn empfinde. Die Bedenken der Herren Döblich und Richter gegen diese Bahn schäme ich nicht sehr hoch. Sie führten aus, daß die Bahn nur rentabel sei, wenn die Verzinsung momentan eintrete. Demgegenüber verweise ich darauf, daß zum Beispiel auch die Berliner Stadtbahn noch heute nicht die Rente für das Kapital abwirft, welches darin steckt. Ebenowenig kann ich das Argument anerkennen, daß das Klima dort so ungeheuer gefährlich sei. Wo es sich um die ganze Nation handelt, da kann die Gesundheit einzelner Personen nicht maßgebend sein, (Lachen links) namentlich wenn sie freiwillig hingehen. Ich siehe auf dem Standpunkte, den Herr Bebel als den eines Gymnasiasten bezeichnete. Ich bin stolz darauf und glaube, daß ich alle Erfolge in meinem Leben wesentlich dem zu verdanken habe, daß ich auf diesem Standpunkte eines Quartaners gestanden habe, der sich begeistern läßt für große Dinge. (Bravo!) Die Dinge liegen heute doch ganz anders als vor 50 Jahren. Vor 50 Jahren konnte man sagen: Wer in Europa herrscht, beherrscht die Welt. Jetzt streben die Nationen danach, große Gebiete zu einem einheitlichen nationalen und wirtschaftlichen Ganzen zu vereinigen. England und Rußland sind uns auf diesem Wege vorangegangen in diesen Gebieten. In England sind die Herren Disraeli, Rosebery und Chamberlain die Apostel dieser Theorie, die nichts weiter beabsichtigt, als das Zusammenfassen der englischen Kolonien in ein wirtschaftliches Ganzes. (Hört, hört! links.) Aus dieser Theorie allein erklärt sich auch der gegenwärtige Krieg in Südafrika (Hört, hört!), der sonst ohne diese Grundlage eine reine Rarität wäre. Dieses Argument werden Sie auch bei der Beurteilung unserer Kolonien ins Auge zu fassen haben. Bis in die 70er Jahre hinein befanden wir uns im Beharrungszustande; wo die Agrarwirtschaft alles lieferte, was die Nation zu ihrer Ernährung brauchte. Aus diesem Beharrungszustand sind wir durch die Bismarcksche Zollreform des Jahres 1878 herausgetreten. Die ganze Entwicklung unserer Industrie ist ein Resultat dieser Zollpolitik und es ist ein Irrtum der Konservativen, wenn sie die Schuld dieser Entwicklung dem Grafen Caprivi zuschieben. (Lachen rechts.) Graf Caprivi hat nur die Konsequenzen der Politik gezogen, die Bismarck 1878 mit Unterstützung der Konservativen inaugurirt hat. (Lachen rechts.) Ihr Lachen, meine Herren, läßt mich nicht im geringsten. Diese Schutz-zollpolitik hat also eine Entwicklung der Industrie und einen Abzug aus der Landwirtschaft in die Industrie zur Folge gehabt. Die Landwirtschaft hat trotz aller Anstrengung dieser Entwicklung nicht nachkommen können. Die Situation ist demgemäß heute die, daß wir Auslöschen müssen für unsere kommerziellen und industriellen Kräfte; und dazu brauchen wir die Kolonien.

Was nun die Centralbahn anlangt, so will ich kurz erwähnen, weshalb sich die Bankiers von dieser Sache zurückgezogen haben. Als wir uns 1896 an die Staatsregierung wandten mit dem Vorschlag, uns gewisse Rechte für den zukünftigen Bau einer solchen Bahn zu geben, da existierte die englische Bombay-Bahn noch nicht. Die Verhandlungen wurden damals geführt mit dem kranken Kolonialdirektor Kahler. Nach seinem Ausscheiden kamen die Verhandlungen ins Stocken, da sein Nachfolger sich nicht für Süd-Westafrika interessierte. Die Verhandlungen wurden erst wieder im vergangenen Jahre auf Veranlassung meines Freundes Dehlfänger aufgenommen, zu einer Zeit, als die Nation anfing, ihre Mittel nach einer anderen Richtung hin zu lenken. Was 1896 freiwillig zu erreichen gewesen wäre, war daher 1899 nicht mehr erreichbar. Daran aber darf man nicht folgern, daß irgend einer der im Vorjahre Beteiligten unvernünftig gehandelt hätte. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Nach wie vor sind alle damals beteiligten Personen dabei geblieben, daß eine solche Bahn notwendig ist für die Entwicklung der Nation und daß sie sich rentieren wird (Guruf des Abg. Richter). Herr Abg. Richter ruft „mir nichts riskieren“. Auf diesem Standpunkte stehen wir nicht. Wir wollen eine Art Fenster des Unternehmungsgeistes der Nation sein. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Meine Herren (zu den Socialdemokraten), auch die Nationalisten haben ihre Existenzberechtigung, wir haben sie bereits erwiesen, während Sie Ihre Existenzberechtigung erst zu beweisen haben werden. Wir sind nicht, wie die Konservativen immer behaupten, kleine Börsenjobber und Projektensmacher. Wir wollen der Nation gewisse Wege der Entwicklung zeigen. Einige Hundert Millionen können nicht in Betracht kommen gegenüber den Milliarden, die dem Nationalvermögen dadurch zugeführt werden sollen. Diese Bahn wird gebaut werden, so gut die Centralbahn vom Süden nach dem Norden von Cecil Rhodes gebaut werden wird. (Lachen links.) Vor 60 Jahren erklärten alle Philister, daß die Bahn von Leipzig nach Dresden nicht möglich sei und ebenso erklärten sich heute nur die Philister gegen die Centralbahn. Die Kosten können nicht allzu hohe sein. Sie brauchen sich vor der Uebernahme dieser Bahn nicht zu fürchten, wenn Sie es im Interesse der Nation überhaupt für notwendig halten, daß wir Kolonien haben. — Herr Bebel warnte Sie vor dem Völkern. Ich meine, Sie müssen recht bald A sagen, damit Sie später B und C überhaupt noch sagen dürfen! (Beifall bei den Nationalliberalen.)

**Abg. Bebel (Soz.):**

Ich hätte erwartet, daß nach den Ausführungen des Abgeordneten v. Siemens der Unterstaatssekretär v. Richter das Wort genommen hätte, um uns zu sagen, ob die Mitteilungen über die Verhandlungen der Banken mit der Kolonialverwaltung aus dem Jahre 1896 ihre Richtigkeit haben. Wenn Herr v. Siemens es richtig erklärt hat, so geht daraus hervor, daß sich die Reichsregierung eine schöne Gelegenheit hat entgehen lassen, die Bahn vom Privatkapital bewilligt zu erhalten, die Sie jetzt auf Reichskosten bauen wollen. Ich lasse mich aber auch durch das Wort des Herrn Siemens porculum in mora (Gefahr im Verzuge) nicht schrecken. Ich glaube, Herr v. Siemens wird einer Privatbeteiligung nicht mehr im Wege sein, wenn der Zinsfuß nicht mehr 6 Prozent, sondern vielleicht nur 3 1/2 oder 3 Prozent betragen wird und Herr v. Siemens nicht mehr als das eine Prozent, was er in seinem patriotischen Gefühl will, zu riskieren brandt. Vielleicht bekommen die Aktionäre der Deutschen Bank einen gelinden Schreck, wenn sie durch die Lesart des heutigen Reichstagsberichts erfahren, daß Herr v. Siemens, ihr Direktor, so stark auf einem Quartanersstandpunkt steht. (Große Heiterkeit.) Da die Aktionäre ihren Direktor aber besser kennen werden, so werden sie die Äußerung mehr für einen guten Witz halten. Die Aktionäre würden ja wirklich Gefahr laufen, wenn ihr Direktor thatsächlich nur Quartanerbegeisterung und auch Quartanerserfand befehle. Herr v. Siemens hält den Bau der Bahn für notwendig, aber nur von Reichs wegen. Die Deutsche Bank läßt wohlweislich ihre Finger davon. Herr Hasse möchte ich bemerken, daß er sich nicht auf Herrn v. Siemens berufen kann. Denn dieser ist gerade für den Bau der Centralbahn und gegen den Bau der Stichbahn. Gläubt der Herr v. Siemens wirklich an die Erfolge der Bahn, warum tritt er nicht schon jetzt an die Spitze des Unternehmens? So stehen wir vor der eigenartigen Thatsache, daß er anderen Leuten den Rat giebt, die Taschen aufzumachen, selbst aber die vollen Taschen zubält. Herr v. Siemens hat aus der englischen Politik Folgerungen für unsere Kolonialpolitik gezogen. Ja, wenn wir England wären, könnten wir auch auf solche Gedanken kommen. So haben wir keinen Grund, die englischen Wege zu geben. Was für England vernünftig sein kann, kann für uns sehr unvernünftig sein. Das letztere glaube ich in diesem Falle. Herr v. Siemens hat von sächsischen Philistern gesprochen, die vor 60 bis 70 Jahren den Bahnbau von Dresden nach Leipzig für unmöglich erklärt haben. Der Vergleich paßt gar nicht. Ueber den Bahnbau ist man wesentlich anderer

Ansicht geworden. Aber auch heute baut man keine Bahn, die wahrscheinlich einen so geringen Ertrag haben wird, wie die Nambarabahn. Ob die Bahn überhaupt mal gebaut wird, hängt von dem Ausfall des Krieges mit Transvaal ab. Bleibt Transvaal unabhängig, so wird es den Bahnbau sicher nicht erlauben. Herr v. Siemens sagt, wir brauchen Kolonien für unsere Industrie und unsern Export. Was hat Herr v. Siemens und die hinter ihm stehende Bank bisher für die Entwicklung der Kolonien gethan? Nichts, gar nichts! Diese Thatsache zeigt, daß Herr v. Siemens schöne Reden hat für unsere Kolonien, aber keine Thaten. Herr v. Siemens meint, die großen Finanziers seien zusehends die Führer und Loder der Nation, die dem deutschen Unternehmungsgeiste die Wege weisen. Bisher haben Herr Siemens und die anderen Finanziers nur gezeigt, daß diese Wege nicht nach Ostafrika führen. Ich glaube, deshalb lassen wir lieber die Finger von dem ganzen Bahnbau! (Lebhafter Beifall links.)

**Unterstaatssekretär Frhr. v. Richter:**

Ich habe in die Debatte bisher nicht eingegriffen, weil die Vertretung der Maßnahmen ressortmäßig dem Kolonialdirektor obliegt. Nachdem mich aber der Abg. Bebel provoziert hat, will ich einige Worte zur Aufklärung sagen. Das Bankkonfession, welches sich im Jahre 1896 wegen des Bahnbaus an uns wandte, verlangte außer einer Sprozentigen Zinsgarantie eine Beteiligung von 20 Proz. am Ueberfluß und außerdem noch Garantien für Kriegsüberschüsse. (Hört, hört! links.) Auf diese Ueberflüsse glaube ich nicht eingehen zu können, weil für den Bahnbau in Ostafrika große Vorbereitungen nötig waren und damals gerade die Minderpest in diesen Gegenden auftrat. Ich war weiter der Meinung, daß wir nicht gleichzeitig in Ostafrika und Südwestafrika mit Bahnbauten beginnen dürften. Da der Bahnbau in Südwestafrika ohne Vorarbeiten in Angriff genommen werden konnte, entschied ich mich für diesen. Jetzt sind die Vorarbeiten für den ostafrikanischen Bahnbau so weit gefördert, daß wir mit dem Bahnbau selbst beginnen können. Den Schlüsselstellungen des Herrn v. Siemens trete ich aber vollkommen bei. Ich glaube auch, daß die Centralbahn trotz des Krieges in Transvaal kommen wird. Sicher ist, daß wenn wir den Bahnbau nicht fortsetzen, die wirtschaftlichen Interessen von Ostafrika stark geschädigt werden.

**Abg. Dr. Hasse (natl.):**

Meine Freunde werden für den geschäftsordnungsmäßigen Antrag Richter stimmen. Wir werden in der Budgetkommission noch unsern Standpunkt näher ausführen. Herr Dr. Hans Meyer erklärt sich zwar gegen die Centralbahn, mit der gleichen Wärme erklärt er sich aber für die Stichbahn. Vor allem muß die telegraphische Verbindung mit dem Innern hergestellt werden.

**Abg. Dr. Certeil (f.):**

Ich bin bis jetzt für den Bahnbau gewesen, nach der Begründung durch Herrn v. Siemens bin ich in meiner Begeisterung sehr schwankend geworden. (Große Heiterkeit.) Herr v. Siemens sagte, wir auf der rechten Seite hielten die Bankiers gemeinlich für kleine Jobber. Rein, wir wissen, daß es in dem Stande der Bankiers sehr ehrenwerte, kluge und erfahrene Leute giebt, aber einen großen Teil derselben halten wir nicht für kleine, sondern für sehr große Jobber. (Heiterkeit.) Herr v. Siemens hat dann als Bankier über die Unzulänglichkeit der deutschen Landwirtschaft gesprochen. Er hat vielleicht die Berechtigung zu einem solchen Urteil aus seiner Eigenschaft als Agrarier in Gänze verlassen, aber er hätte es doch lieber unterlassen sollen. Die deutsche Landwirtschaft steht technisch auf der Höhe, die sie bei den bestehenden mangelhaften Verhältnissen nur irgendwie erreichen konnte. Noch eine neue Uebersetzung hat Herr Siemens gemacht. Er behauptet, daß Graf Caprivi nur die Konsequenzen der Bismarckschen Politik gezogen hätte. Wenn diese beiden verehrten Männer noch am Leben wären und morgen diese Behauptung des Herrn Siemens lesen würden, so würden beide am meisten davon überrascht sein. (Große Heiterkeit rechts.)

**Abg. Dr. v. Siemens (fr. Vg.)**

führt eine Aenderung des Direktors der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin an, worin derselbe feststellt, daß die deutsche Landwirtschaft durchaus nicht mit derjenigen Intenität arbeite, die überdauern erreichbar sei. Wenn ich im Hinblick auf diese Aenderung gesagt habe, daß unsere Landwirtschaft der industriellen Bewegung nicht gefolgt sei, so hatte ich wohl ein Recht dazu. — Auf das, was der Abg. Bebel gesagt hat, will ich hier nicht eingehen. — Gegenüber dem Vorwurf, daß sich die deutsche Finanzwelt noch niemals an kolonialen Dingen beteiligt habe, brauche ich ja nur auf die Verhandlungen hinzuweisen, die ich 1896 in der Bahnbaufrage mit der Regierung geführt habe.

**Abg. Dr. Certeil (f.):**

Die Aenderung des Direktors der technischen Hochschule spricht nur für mich, nicht für Herrn Siemens. Sie beweist nur, daß die deutschen Landwirte nicht in der glücklichen Lage sind, die Intenität durch künstliche Düngemittel auf den höchst erreichbaren Grad zu bringen. Würde das geschehen, dann könnte ja auch Deutschland völlig von der deutschen Landwirtschaft mit Getreide versorgt werden. Dieses Zugeständnis liegt in der Ausführung des Abg. v. Siemens und wenn dieser Satz wieder einmal bestritten werden sollte, werde ich mich auf ihn als Kronzeugen berufen.

Damit schließt die Diskussion. Die Eisenbahnanforderungen werden an die Budgetkommission zurückverwiesen, so weit sie die Verlängerung der Nambarabahn und die neue Bahn von Dar-es-Salaam nach Mporog betreffen.

Sodann wird die Weiterberatung bis Donnerstag 1 Uhr vertagt. (Außerdem: Etat der Eisenbahnverwaltung. Antrag Blücher-Ferber betr. Errichtung von Handelskammern im Ausland.) Schluß 5 1/2 Uhr.

**Parlamentarisches.**

**Zu der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags** wurde gestern Abend die Wahl des Abg. Frhr. v. Stamm (f. Tierer-Ottweiler-St. Wendel, Wp.) beanstandet. Es soll Weiserehebung stattfinden über verschiedene Behauptungen überreichter Proteste.

**Zu der Budgetkommission des Reichstags** wurde am Mittwoch die Beratung des Militäretats fortgesetzt. Abg. Basser-mann (natl.) stellte in Anknüpfung an überreichte Petitionen, den Antrag, das Gehalt der Militär-Kochknechte zu erhöhen. Abg. Graf Carmer (f.), sowie die Abgg. Eickhoff und Müller-Sagan (fr. Vp.) wollen auch das Gehalt der Zahlmeister erhöht wissen. Der Vertreter des Reichsfinanzamts, Geh. Rat Herz, macht Bedenken gegen die Erhöhung des Einkommens einzelner Kategorien geltend und teilt mit, daß Erwägungen schweben, wie man den Zahlmeistern den Uebergang in besser bezahlte Stellen bei der General-Militär-lasse und zur Intendantur eröffnen könne. Der als Gast anwesende Abg. Hoffmann-Hall (südd. Vp.), ehemaliger Militär-Kochknecht, erläuterte an der Hand der eigenen Erfahrungen die Wünsche der Militär-Kochknechte. Er bedauert, daß sie bei der allgemeinen Gehaltsaufbesserung nicht berücksichtigt worden sind und tritt für eine Roterhöhung dieser Beamten ein. Allerdings wünscht er auch, daß auf eine bessere Vorbildung mehr Gewicht gelegt werde als bisher. Die Petitionen der Militär-Kochknechte auf Gehalts-erhöhung wurden der Regierung als Material überwiesen. Der Antrag Carmer-Eickhoff, betreffend Gehaltsaufbesserung der Zahlmeister, fand keine Mehrheit. Im Fortgang der Debatte fragt Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.), welche Erfahrungen man mit der Durchführung der zweijährigen Dienstzeit gemacht habe. Generalleutnant v. d. Wöde erwidert, die Zeit seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit sei zu kurz, um jetzt schon ein abschließendes Urteil abzugeben. Eine Petition der Fleischer von Weg, die sich über die Konkurrenz der Garbisonflächerei beschwert, giebt General v. Heringen Veranlassung zu erklären, daß bis jetzt

Thatsachen, welche solche Klagen begründen könnten, nicht erbracht seien. Sollte es geschehen, so würde Remede geschäftet werden. Auf Anfragen des Abg. Müller-Sagan wegen der von der Militärverwaltung gezahlten Getreidepreise, erklärt General v. Heringen, die Verwaltung laufe innerhalb des bewilligten Pauschquantums das Getreide so billig als möglich. In der Regel werde der Marktpreis gezahlt, nur ausnahmsweise legen die Intendanturen eine Preisgrenze. Abg. Müller-Sagan bringt die neuen Offiziermüntel zur Sprache, die von den Offizieren nach Art der „Domenapays“ getragen würden. (Heiterkeit.) General v. Heringen: Die neuen Offiziermüntel entsprechen den Wünschen der Offiziere, seien praktisch und bewährten sich vorzüglich bei Regenwetter. Die Kapitel „Naturalversorgung“ sowie „Verkleidung und Ausrüstung der Truppen“ werden unverändert bewilligt. Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

**Aus der Frauenbewegung.**

**Zu der Gewerbegerichts-Rovelle**, die in nächster Zeit im Reichstag zur zweiten Lesung gelangt, haben die socialdemokratischen Frauen durch ihre Vertrauensperson eine Petition eingereicht. Es gilt der Abstellung verschiedener Mängel, an deren Beseitigung die Frauen ein besonderes Interesse haben.

Sie verlangen zunächst die Aufhebung des schwersten Nachteils, unter dem sie seit Erlass des Gesetzes leiden, den sie als ungerechtfertigte Jurisdiktion fests empfinden haben — ihre Ausschließung von dem aktiven und passiven Wahlrecht zu den Kreisversammlungen. Es wird keinen gerechten und unparteiischen Beurteiler geben, der nicht theoretisch die Berechtigung dieses Verlangens zugestünde. Hat die Praxis leider anders gehandelt, so liegt das wohl zunächst an der hergebrachten Gewohnheit, welche den Frauen bei den meisten Gelegenheiten von vornherein das gleiche Recht abspricht.

Ein Gericht aber, welches aus modernen Bedürfnissen hervorgegangen, daher auch nach modernen Grundsätzen aufgebaut sein soll, welches nicht mehr den Stempel der direkten Abkunft aus dem römischen Recht an der Stirn trägt, mußte auch auf Erhaltung des alten Mißbrauchs verzichten, welcher die Frauen als Menschen geringeren Grades behandelt. Wenn man es auch nicht mehr mit der beiden Ehrlichkeit früherer Zeiten ausspricht, so handelt man doch noch denselben Grundsätzen. Und da ist das naive Unrecht immer noch vorzuziehen, welches doch innerlich von seiner Rechtsanschauung durchdrungen ist.

Welchen haltbaren Grund giebt es denn heute noch dafür, daß die arbeitende Frau, die eben so selbständig auf dem Arbeitsmarkt erscheint, seine Bedingungen so genau kennen, seine Anforderungen so gut beurteilen muß wie der Mann, daß diese Frau, die so energisch mit „thaten“ darf, nicht mit „raten“ soll. Die Frau will da, wo ihr die Pflichten in vollem Maß zugewachsen sind, auch ihre Rechte mit den männlichen Genossen in Reich und Glied besitzen und ausüben. Die socialdemokratische Partei ist von jeher auch in dieser Frage für das Recht der Frau eingetreten; wie immer so auch hier als die einzige Partei, welche die allgemeine Redensart von gleichem Recht auch im Leben bewahren will.

Die weitere Forderung der Petition, daß bei allen Dienst- und Arbeitsverhältnissen zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten das Gewerbe-gericht allein zuständig sei, erscheint, genau genommen, nur als eine unbedingt gebotene Ergänzung des Gesetzes. Für die vielen weiblichen Dienenden, welche klagen werden, würde es eine große Entlastung bedeuten, gegenüber dem gewöhnlichen gerichtlichen Verfahren mit seiner kostspieligen Umständlichkeit. Daß die „Herrschaften“ diese Erleichterung gleichfalls zu schätzen wissen, beweist die häufige freiwillige Inanspruchnahme des Gewerbegerichts, welche von manchen Städten mit sehr günstigen Erfolge eingerichtet worden ist.

Nicht minder wünschenswert wäre die verlangte Aenderung dadurch, daß sie die Zuständigkeit des Innungs-Schiedsgerichts aufhebt. Wie oft muß nicht der Arbeiter auf der Suche nach Beschäftigung von einem Innungsmeister zur Fabrik übergehen und umgekehrt. Daraus ergeben sich Zweifel und langwierige Streitigkeiten über den Gerichtsstand, welche den Kläger um so empfindlicher benachteiligen können, weil das Innungs-Schiedsgericht keineswegs die gleichen Vorteile bietet. Es ist offenbar nur gerecht und billig, den Recht-suchenden nicht gegen seinen Willen an ein minderwertiges Gericht zu weisen. Und diese Gefahr wächst bei Gründung von Innungen für viele Arbeiter. Die Mitgliederzahl der Schneiderinnung in Berlin z. B. ist dadurch von 2400 auf über 6000 angewachsen. Und hiermit würde eine große Anzahl von Arbeitern und Arbeiterinnen des bisher genossenen besseren Rechts verlustig gehen, falls nicht durch den in der Petition verlangten Zusatz die Verchiebungen unmöglich gemacht werden. Wir hoffen, daß der Reichstag den Forderungen Gehör schenkt und damit die Wohlfahrt des Gesetzes allen denen zugänglich macht, für die es geschaffen wurde.

**Prozeß v. Kriegshelm und Genossen.**

**Dreizehnter Tag.**

Nach Eröffnung der Sitzung teilt Landgerichtsdirektor Müller mit, daß nach einem eingegangenen Schreiben Geheimere Direktoral Dr. Long, der über den Gesundheitszustand des Angeklagten v. Kriegshelm befragt werden sollte, selbst erkrankt sei. — Als Zeuge wird zunächst Herr Gustavus, Subdirektor der Versicherungs-gesellschaft „Thuringia“, vernommen. Er soll durch v. Kriegshelm dadurch geschädigt worden sein, daß dieser ihm bei der Vermittlung der Versicherung des Grafen Egloffstein über dessen und seine eigenen Verhältnisse falsche Angaben gemacht und ihn dadurch bewegen habe, dem Angeklagten v. Kriegshelm sofort die ganze Provision von 1400 M. anzuzahlen.

**Ganler Liebesgander.**

v. Kriegshelm habe insbesondere erzählt, der Graf heirate binnen kurzem die Tochter eines sehr reichen Mannes, erhalte dereinst ein Majorat und seine Braut bringe ihm ein Gut mit in die Ehe. Die Internationale Diskonto-Bank habe die Regulierung der Schulden, die der Graf als Junggeselle gemacht, in die Hand genommen; solcher Schulden seien allerdings eine große Masse vorhanden gewesen, doch sei es schon gelungen, ihn von 80000 M. loszumachen. — Falsche Thatsachen liegen in diesen Mitteilungen nicht vor, denn Graf Egloffstein war damals thatsächlich mit einer sehr begüterten Dame verlobt und die Verlobung ist erst im Februar 1898 zurückgegangen. Was die falschen Vorpiegelungen bezüglich der eigenen Verhältnisse des Angeklagten betrifft, so will der Zeuge zum Abschluß des Geschäftes namentlich dadurch bewegen worden sein, daß v. Kriegshelm als Direktor einer Bank austrat, die nach seiner Angabe ein Grundkapital von 20000 M. haben sollte, worauf er 5000 M. eingezahlt habe. Er habe geplant, daß eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die erst kurz vorher begründet worden, schon nach einem Vierteljahr nicht mehr existieren würde. — Rechtsanwält Morris macht darauf aufmerksam, daß der Zeuge schon vorher geschäftlich mit dem Angeklagten zu thun gehabt, da dieser vorher das Koenigsche Versicherungsgeschäft vermittelt habe.

**Wie gründet man eine Gesellschaft m. b. H.?**

Der Vorstehende hält dem Zeugen vor, daß dieser wohl falsche Vorstellungen über die Bedingungen, unter denen eine Gesellschaft m. b. H. zu stande kommen könne, gehabt habe. Nach Lage der Gesetzgebung können zwei Personen solche Gesellschaft begründen; es könne jemand beispielsweise einen Streichholzhandeler von der Straße mit zum Notar nehmen, ihn vorübergehend mit einer kleinen Summe ausstatten, die er bald darauf wieder zurückhält, und es genügt, wenn er dann den vierten Teil des angegebenen Grundkapitals vorweist. Hat er bei dieser Prozedur falsche Angaben gemacht, so könne er dafür später bestraft werden, inzwischen können aber viele Leute, die sich mit einer unsoliden begründeten Gesellschaft m. b. H. einlassen, sehr stark hineingefallen sein. Nach Lage der Gesetzgebung sei es für Betrüger also nicht schwer, auf diesem Gebiete eine erfolgreiche Thätigkeit zu entwickeln, und es sei ratsam, vor Anknüpfung geschäftlicher Beziehungen wenigstens die Eintragung in das Genossenschafts-Register durchzuführen. Zeuge Gustavus hat aus dem, was er später über das Treiben des An-

geklagt v. Kriegsheim erfahren, die Ueberzeugung gewonnen, daß es dem Angeklagten von Anfang an nur darauf angekommen sei, in den Besitz der Provision zu kommen und zu diesem Zweck nur dafür geklagt habe, daß die erste Vierteljahresprämie gezahlt wurde. Der Angeklagte bestreitet dies. — Der hierauf vernommene Gefängnisarzt Dr. Pappé bekundet bezüglich des

### Geundheitszustandes

des Angeklagten v. Kriegsheim: Angezeigt dafür, daß durch die Fortdauer der Haft für den Angeklagten eine nahe Lebensgefahr herbeigeführt werden würde, seien nicht vorhanden. Derselbe leide infolge athmatischer Beschwerden an Schlaflosigkeit, bekomme Schlafmittel, die natürlich ebenso wie die geringe Bewegung in freier Luft auf den Körper ungünstig einwirken, eine nahe Lebensgefahr sei aber nicht zu erwarten.

Nachdem im Laufe des Nachmittags noch einige unbedeutende Angelegenheiten erörtert worden waren, erfolgte Schluß der Beweisaufnahme.

Der Präsident setzte die nächste Sitzung, die mit dem Plaidoyer des Staatsanwalts beginnen soll, auf Donnerstag 10 Uhr an. An diesem Tage sollen auch die Plaidoyers der Verteidiger beginnen und nötigenfalls Freitag fortgesetzt werden. Der Urteilspruch ist Freitag zu erwarten.

### Gerichts-Beitrag.

Die Notwendigkeit des Arbeitgeber-Paragraphen, den die Regierung in die faulste Lex Heinze partout nicht hineinhaben will, ergibt sich von neuem aus einer Gerichtsverhandlung, die sich dieser Tage vor dem Schöffengericht in Königsberg i. Pr. abgespielt hat. Ein Herr Kay, Inhaber des am Ort befindlichen Warenhauses Kay u. Co., hatte sich den antisemitischen „Deutschen General-Anzeiger“ zu einer Verleumdungsklage herausgeholt, weil dieser neben zahlreichen, aber unbelästigten geliebten socialdemokratischen Blättern über Schandthatigkeiten berichtet hatte, die von Kay gegen die in seinem Warenhaus beschäftigten Verkäuferinnen begangen worden waren.

Durch Zeugnisaussagen wurde in der Verhandlung u. a. folgendes festgestellt:

Hr. Lisbeth St., die 5 Jahre bei Kay war, ist von ihm öfter attackiert worden. Sollte ihn in seiner Wohnung besuchen, erhielt von ihm 1898 eine Knüttelrute zugesichert, als er erfuhr, sie habe einen Bräutigam.

Hr. Gertrud B. warf den Kay samt dem Stuhl, auf dem er im Comptoir — allein natürlich — saß, um, als er sie gewaltsam um die Tasse sah und zu sich niedergleiten wollte.

Hr. Anna F., damals wenig über 16 Jahre und angeheiratet mit 20 Mark Monatsgehalt, obgleich schon zwei Jahre anderweit Verkäuferin resp. dazu ausgebildet, sollte Herrn Kay in seiner Wohnung besuchen und nicht so iprode sein — dann erhielt sie auch sofort gute Zulage. Sie hat ihn drastisch abgewiesen, dies sofort ihren ehelichen Eltern erzählt und das Geschäft aus diesem Grunde verlassen. Mehrere Mädchen haben ihr vorher und nachher genau daselbe erzählt, nämlich, daß Kay sie mit unzüchtlichen Anträgen verfolgt hätte.

Buchhalter St. weiß von einem Hr. G., daß Kay mit derselben geschlechtlich verkehrt hatte. Hr. G. war auch als Zeugin geladen, ist aber angeblich „über die Grenze“ gegangen.

Es sei noch bemerkt, daß der Redacteur des verlagten Blattes wegen Verleumdung des schamlosen Unternehmers zu 100 M. Geldstrafe verurteilt wurde und zwar deshalb, weil er die unrichtige Mitteilung gebracht hatte, daß Kay wegen Sittlichkeitsverbrechens verhaftet, gegen eine hohe Kaution aber wieder auf freien Fuß gesetzt sei.

Eine schwere Anforderung wurde an die Leistungsfähigkeit derjenigen Personen gestellt, welche gestern an dem großen Diamantdiebstahl-Prozess vor dem neunten Strafhammer des Landgerichts I beteiligt waren. Die Verhandlung währte mit einer Unterbrechung von einer Stunde Mittagspause von morgens 9 Uhr bis nachts 12 1/2 Uhr. Dann verhandelte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Weinmann, das Urteil. Der Diamanteur Max Sieb wurde wegen Diebstahls zu 1 Jahre 6 Monaten Zuchthaus, der Glaslehrer Max Olms zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei dem dritten des Diebstahls Beschuldigten, dem Glaslehrer Heinrich Lublin, wurden Bedenken in betreff seiner Zurechnungsfähigkeit geltend gemacht und beschlossen, ihn auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Von den übrigen Angeklagten wurden die Glasmeister Bernhard Hasenkamp, Karl Kundtman und August Meuter der schweren Hehlerei für überführt erachtet und zu zwei Jahren sechs Monaten bzw. je ein Jahr drei Monate Zuchthaus verurteilt. Die minder beteiligten übrigen Angeklagten traf eine geringe Gefängnisstrafe, die Angeklagten Julius Hasenkamp, Karl Haupt, Wilm Wolf, Otto Schulz und Karl Seeliger wurden freigesprochen.

Die Polizei gegen Vereinsvergüngen. Der Arbeiter Gerold in Halle hatte für den Schützenverein „Aiol“ einen Saal zur Abhaltung eines Vergügens beorgt und die notwendigen Besamtmachungen im „Volkssblatt für Halle“ veranlaßt. Die Behörden sahen das Vergüngen als eine öffentliche Tanzlustbarkeit an und G. wurde als ihr Verantwortlicher angeklagt, weil er nicht die

für öffentliche Tanzlustbarkeiten erforderliche Erlaubnis eingeholt hatte. Nachdem ihn das Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt hatte, legte G. Revision beim Kammergericht ein und bestritt, daß es sich um eine öffentliche Tanzlustbarkeit handle. Es habe nicht jedermann, der ein Tanzgeld zahle, daran teilnehmen können. Am Eingange des Saales habe sich jeder ein Schild mit der Aufschrift: „Geschlossene Gesellschaft“ befunden. Das Vergüngen habe seinen geschlossenen Charakter auch dadurch nicht verloren, daß Mitglieder der Vereine „Blau Wolle“ und „Kornblume“ daran teilgenommen hätten. Dem zwischen dem Schützenverein und den anderen beiden Vereinen bestehende eine Verabredung, wonach ihre Mitglieder ein für allemal gegenseitig zu ihren Vergüngen eingeladen seien. Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision mit der Begründung, daß die Feststellung des Landgerichts, es sei jedermann zu dem Vergüngen zugelassen worden, die Annahme einer öffentlichen Tanzlustbarkeit genügend rechtfertige. Gegen diese Feststellung sei nichts zu machen.

Ein Tittenbild. Im November d. J. ging der Polizei die Anzeige zu, daß in der Schankwirtschaft der Witwe Ludwig, Kaiser Wilhelmstr. 18, arge Dinge vorkämen. Eines Morgens in der Frühe staltete der Wirtmeister des betr. Reviers der Frau Ludwig einen unerwarteten Besuch ab. Er überzeugte sich, daß der Inhalt der Anzeige der Wahrheit entsprach, die erwachsene Tochter der Frau Ludwig, die Tags über Kellnermendienste verrichtete, befand sich in ihrem, neben dem Schankraum gelegenen Schlafzimmer nicht allein. Frau Ludwig, die eine Anzeige wegen schwerer Unkeuscheit erhielt, stand gestern vor dem achten Strafhammer des Landgerichts I. Durch die stattgehabte Beweisaufnahme hielt der Gerichtshof für erwiesen, daß die Angeklagte das unzüchtige Treiben ihrer Tochter nicht nur geduldet, sondern auch begünstigt hatte. Es wurde deshalb auf die Strafe von einem Jahre Zuchthaus erkannt, auch die sofortige Verhaftung der Verurteilten verfügt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die fünftägige Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

Dr. S. Schöneberg. Der Bundesrat hat den Antrag des 20. Jahrs hundert für den 1. Januar 1900 in aller Form beschlossen.

S. G. Die Stadt Berlin ist nach dem Gesetz vom 30. Juli 1883 aus der Provinz Brandenburg ausgegliedert und bildet einen Verwaltungsbezirk für sich; als Aufsichtsbehörde gilt jedoch das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg.

J. G. 62. Und nicht bekannt.

### Socialdemokratischer Wahlverein f. den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Instrumentenmacher

### Georg Woitas,

Neue Hochstraße 30, am 13. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 3 Uhr von der Wohnung aus nach dem Friedhof Friedhof, Poppel-Allee, statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

### Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Friedr. Hieronimus am 13. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet am 16. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr in der Friedhof bei Oberwölde statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

### Am 12. d. M. verstarb nach langen schweren Leiden mein geliebter Mann, unser guter Vater, mein Instrumentenmacher

Georg Woitas im 52. Lebensjahre. Um hilfsbedürftigen Hinterbliebenen: Frau Woitas nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Neue Hochstr. 30, aus, nach dem Friedhof Friedhof, Poppel-Allee, aus statt.

### Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u.

(Ortsverwaltung Berlin H.). Am 12. d. M. verstarb nach langem Leiden das Mitglied unserer Kasse

### Emil Wagner

im Alter von 48 Jahren. 154/0 Die Beerdigung findet heute, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofs aus statt. Die Ortsverwaltung.

### Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau

Bertha Lichtwardt geb. Landberg am 13. Februar, nach langen Leiden entschlafen ist. 24148 Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. d. M., von der Halle der Anferhebungsgemeinde in Weihensee aus statt.

Der trauernde Gatte Hermann Lichtwardt.

### Drudfehler-Berichtigung.

Die in der Nummer vom Sonntag, den 11. Februar, enthaltene Todesanzeige des Meisters Johannes Markau ist dahin zu berichtigen, daß der Name des Verstorbenen

### Johannes Markau

heissen muß. Mittagstisch) Suppe, Gemüse, Fleisch u. Kompott. (inkl. Bier 50 Pf.) Köpenickerstr. 53a.

### Schultze,

Wasserthor-Str. 1/2. Behandlung aller Haut-, Blasen- und Gichtleiden ohne Berufsbindung. 3575L. Sprechstunden 9-2, 5-9. Bei Fortsetzung der Verwandlungen 10 Pros.

### Freie Volksbühne.

Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr: 4. Abteilung im Lessing-Theater: Rosmersholm. 2. Abteilung im Carl Weiss-Theater: Hamlet, Prinz von Dänemark.

### Heine - Abend.

Sonnabend, den 17. März, in der Brauerei Friedrichshahn. Vortrag über Heinrich Heine, Recitation und Gesangsvorträge, Kammermusik etc. Festmarken nur für Mitglieder sind in allen Zahlstellen vom 15. Februar ab erhältlich. Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

### Orts-Krankenkasse der Bildhauer, Stuccateure und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Bekanntmachung. Nachstehende, erste Statutenabänderung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

§ 13. Abs. 1. Ziffer 3. lautet jetzt: Am Fall der Unversehrtheit vom ersten Tage nach dem Tage der Entlassung ab für jeden Kalendertag ein Krankengeld von 30 Pf. und Freitag ein Krankengeld von 40 Pf. (statt wie bisher vom dritten Tage ab). Berlin, den 15. Februar 1900.

Der Vorstand. J. M. G. Stord, Vorsitzender.

Wir machen gleichzeitig bekannt, daß Beschwerden in Rosen-Angelegenheiten schriftlich an den Vorsitzenden C. Stord, NW. Nr. 11, Moabit 132, zu richten oder im Kassenlokal niederzulegen sind. — Sprechstunden des Vorsitzenden Dienstag, abends von 7-8 Uhr im Kassenlokal.

Der Vorstand.

### Für Vereine!

Sonntag, den 25. Februar, und Sonnabend, den 17. März, frei geworden. Festspiele Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72. Jeden Sonntag: Grosser Ball.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein Weiss-, Bayerischbier- und gr. Speisegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf., sowie Abendessen à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 30-50 Personen. H. Stramm, Rest. Ritterstr. 123.

### Natur-Heilverfahren.

Haut-, Horn- u. Blasenleiden. Frauenkrankheit. Seit über 20 Jahre Berufspraxis. (3444) R. Wagner, Köpenickerstr. 23. 9-2, 5-9, 21-9

### Masken - Kostüme

empfehle (35932) Karl Ernst, Köpenickerstr. 126, I. Vorzeige dieser Annonce erh. 10 Pros. Freidruckfähig.

### Masken-Garderobe

verleiht und führt C. Frommholz, Köpenickerstr. 78, Ecke Alderstr. Elegante Saison-Neuheiten. Damen- u. Herrenkleidung in Woll u. 1,50 M. ab. Vereinen bedeut. Ermäßigung.

Am 12. d. M. an, garantiert gut! Teilzahl. Reparaturen in 2 Stunden. Plombieren u. 1 M. an. Zahnstehen schmerzlos. Sprechst. M. Lange, Ede Wartestraße 25.

### Baustellen

in Schöneberg mit möglicher Anzahlung, gerechneter Bezahlung und Baugeld. Adressen unter G. 2 an die Expedition des „Vorwärts“ 24108

### Fische wieder billig!!

Alle übrigen Fischarten in reichster Auswahl zu Ausnahme-Preisen. Otto Gundermann, Dragoner-Strasse 16. 3741L. Täglicher Versand nach ausserhalb.

### Arbeits-Bekleidung

für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Friseur. En gros - Detail. D. Wurzel & Co., Wrangel-Strasse 17, Ecke Mantouffel-Strasse. 3572L

### Hausfrauen!

prüft die SUPEROL Wasch-Pastille

Hervorragend schmutzlösend. Bedeutende Ersparnis. Ueberraschende Erfolg.

Prachtvoll weisse Wäsche. Ueberall erhältlich. Superol-Fabrik, Berlin SW. Friedrichstrasse 16.

### Linde' Essenz

ist sehr ergiebig, denn eine Messerspitze voll genügt, Geschmack und Farbe des Kaffees zu verbessern.

### Laabs

Elisenerstr. 39. Behandl. aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne schädliche Mittel u. Olfen. Sprechst. 9-2, 6-9. Freitag und Sonntag nur 9-2.

### MAGGI

5 10 12 16 25

Die GUTE SPARSAME KÜCHE

Zu haben in allen Delikatess- u. Kolonialwaren-Geschäften und Drogerien.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprobst. 9-7.

### Friedrich Wilhelm Engels

in Nümmen-Gräfrath bei Solingen Nr. 211

erhalte ich, nachstehend abgebildetes Schleichmesser (gel. geläht) mit zwei prima Stahlklingen und Korzschärfer mit rot überarbeitet (schleift sich durch Tragen auf die kleine Klinge) Nr. 532. Preis 1.50 Mark, zur Probe auf 8 Tage einzuliefern.

Ich versichere mich, in dieser Zeit den Betrag zurückzugeben, oder, falls mir das Messer nicht gefällt, folches zurückzusenden. Sollte ich aber entsprechende Nachbestellung auf Kritik Ihres Katalogs machen können, behalte ich das Messer als Geschenk.

Ort, Straße, Hausnummer (deutsch):

Name, Stand (recht deutsch):

### Wein

zum Ausschank sehr geeignet! süß, rot, wie Portwein, ausgezeichnet in Geschmack, garantiert rein, 10 Ltr. M. 7.-, 100 Ltr. M. 65.-, Oxhoft M. 120.-, Eugen Neumann & Co., Hollmannstr. 16. Amt IV. 9676.

### Karol Weil' Seifenextrakt

darf zu keiner Wäsche und niemals in der Küche fehlen.



Polizeikommissar Gottschalk.

Ueber den Verleumdungsprozess, der sich am Dienstag in Kiel gegen den Professor Dr. Lehmann-Hohenberg abspielte, haben wir gestern bereits das wesentlichste mitgeteilt. Die Beweis- anträge des Angeklagten sind abgelehnt worden und der Gerichtshof setzte in der Verurteilung eine Strafe in Höhe von 600 Mark gegen ihn fest. In der Urteilsbegründung heißt es:

Der Gerichtshof hat sich vollständig auf den Standpunkt der Berliner Strafkammer gestellt. Der Gerichtshof hat die Ueberzeugung gewonnen, daß nicht der Beweis erbracht worden ist, der Distrikts- kommissar Gottschalk habe in Elberfeld in schlechtem Rufe ge- standen. Der angebotene Wahrheitsbeweis war nicht geeignet, hierfür einen Nachweis zu führen. Der Angeklagte mußte daher auf Grund des § 186 des Strafgesetzbuchs bestraft werden. Bei der Strafzumessung ist erwogen worden, daß die Schwere der Ver- leidigung in seinem Blatte und die amtliche Stellung des Verleumdigen. Andererseits ist berücksichtigt worden, daß der Angeklagte noch un- bestraft ist.

Höhe Beachtung verdienen die Beweisangebote, die der Angeklagte zu stellen sich erbot, auf die der Gerichtshof aber nicht einging, nachdem auch der Polizeikommissar Gottschalk eiblich behauptet hatte, daß ihm nichts davon bekannt geworden sei, daß er, wie der Angeklagte behauptet, in Elberfeld in schlechtem Rufe ge- standen habe.

Der Angeklagte verweist auf einen im Jahre 1880 im „Frischer Socialdemokrat“ erschienenen Artikel, in welchem vor Reins- dorf, der aus den socialdemokratischen Versammlungen in Leipzig hinausgeworfen war, gewarnt wurde, da dieser mit der Absicht um- gehe, ein Attentat zu begehen. Nach den verschiedenen Vorgängen in Elberfeld, Frankfurt a. M. und andern Orten habe es den Ein- druck gemacht, als wüßte man Material zur Verlängerung und Verschärfung des Socialistengesetzes. Nachdem Reinsdorf und Palm aus Berlin ausgewiesen waren, sei sofort im „Frischer Socialdemokrat“ der Befürchtung Ausdruck gegeben worden, daß diese Leute ein bestelltes Attentat begehen kö- nnten. Eigentümlich sei es jedenfalls, daß Palm, der von seinen Ge- noßen verdächtigt wurde, ein Attentat zu begehen, nach dem Nieder- wald-Attentat Aufseher in dem Provinzial-Arbeitshaus zu Braun- weiler geworden und jetzt als Arbeiter bei der Garnison- verwaltung in Köln ange stellt sei. Er müsse nun erwöhnen, daß Reinsdorf und Schiller, beide Schiffsleger, bei dem „Arbeits- blatt“ in Elberfeld beschäftigt waren und daß später Gottschalk sich bemüht habe, dem wegen des Niederwald-Attentats hingerichteten Schüler in der Secherei der „Elber- felder Zeitung“ Kondition zu verschaffen. Zum Beweise hierüber verweist er sich auf das Zeugnis des Reiterers Dirich von der „Elberfelder Zeitung“.

Der „Frischer Socialdemokrat“ habe zur Zeit seiner Enttätigung Ausdruck gegeben, daß Gottschalk in dem Prozeß ziehen als Zeuge erklärt habe: In der Gastwirtschaft des Pöthchen habe nur die Gese des Volks: Zubalter, Bordellwirts und Socialdemokraten verkehrt. Gottschalk soll sich nach der Behauptung des „Socialdemokrat“ zur Aufgabe gemacht haben, die Socialdemokratie auszurollen. Als nun in Elberfeld eine socialdemokratische Versammlung stattgefunden, habe Gottschalk dieselbe aufgelöst, da die Kehrung ge- fallen sei, die Socialdemokratie werde doch siegen. Gottschalk habe die Versammelten unter dem Rufe: „Aus mit der Bande!“ von zahlreichen Polizisten aus dem Saale treiben lassen. Im Juni 1884 sei von den Socialdemokraten Elberfelds und Umgegend ein Massenaustrug nach Langenhans unternommen worden. Dort soll Gottschalk mit Hilfe des Polizeikommissars Wilking und 20 Polizisten ohne jeden ersichtlichen Grund die Menge auseinander getrieben haben, so daß selbst der „Hami- burgische Korrespondent“ schrieb: Es habe den Anschein erweckt, als sei es auf eine Provokation abgezielt gewesen.

Der Staatsanwalt protestiert gegen weitere derartige Ausführungen, da dieselben mit der Pöthchen-Angelegenheit nicht das ge- ringste zu thun haben.

Angeklagter: Er müsse bemerken, daß er auch die Be- hauptung aufgestellt habe: Gottschalk habe bei dem Nieder- wald-Attentat die Rolle des Agent provocateur gespielt. Er schlage nun im weitem vor, den Kassierer der Elber- felder Orts-Krankenkasse, Meißner, zu vernehmen, der behaupten werde: in Elberfeld habe Gottschalk in dem Auf- gestanden, Agent provocateur und an dem Niederwald- Attentat nicht unbeteiligt gewesen zu sein. Schlossermeister Cordes und Zeitungsexpedient Darm-Elberfeld werden dasselbe be- haupten.

Er beantrage ferner, den Privatsekretär Johannes Schweden sen. (Elberfeld) als Zeugen zu vernehmen:

- 1. daß Gottschalk lange vor dem Niederwald-Attentat von dem- selben Kenntnis und vor diesem mehrere geheime Zusammenkünfte mit Palm gehabt habe.
- 2. daß Frau Palm über die Fütterung „der Bande“ Reinsdorf, Schüler und Bachmann durch ihren Mann im Bureau des Gottschalk sich beschwert habe.
- 3. daß Gottschalk dem Palm verboten habe, bei Gelegenheit des 1883 stattgefundenen Kaiserjubiläum bei Gräfenbroich, unter Androhung der Verhaftung, das Manövergelände zu betreten und daß, da dies Palm dennoch getan, Gottschalk denselben verhaftet habe. Als Schweden hörte, daß Gottschalk dem Palm das Betreten des Manövergeländes verbot, habe dieser sofort vermutet, daß wieder etwas geschehen solle.

Er beantrage im Weiteren, den Restaurateur Hubert Fischer und Frau-Elberfeld als Zeugen zu vernehmen, die behaupten werden, daß Gottschalk mit Palm vor dem Niederwald- Attentat mehrfach in ihrer Gastwirtschaft geheime Zusammen- künfte gehabt haben. Er beantrage ferner, Frau Heßelmann-Elberfeld über verschiedene Vorgänge im Palmischen Hause zu ver- nehmen. Im weiteren beantrage er, den Sattlergesellen Rupp, Strafgefängener im Zuchthaus zu Halle a. S., zu vernehmen, in- wie weit Palm und Gottschalk an dem Niederwald- Attentat beteiligt gewesen seien. Rupp sei mit Reinsdorf und Schüler wegen Versuches des Attentats auf dem Niederwald im Dezember 1884 vom Reichsgericht zum Tode verurteilt, vom Kaiser aber begnadigt worden. Sodann beantrage er den Warden Albert Pöthchen im Zuchthaus zu Werben über die Art des Vorgehens des Gottschalk gegen ihn und den Kriminalkommissar A. D. v. Tausch und Polizeidirektor v. Meerfeldt-Hüllessem-Verlin über die Vernehmung des ehemaligen Pöthchen'schen Barbierlehrlings Wilhelm zu vernehmen. Außerdem beantrage er, über die Herstellung des Protokolls bei der jetzt erfolgten kommissarischen Vernehmung des Palm Beweis zu erheben; da er den Beweis führen könne, daß Palm einen Meineid geleistet habe.

Staatsanwalt: Ich beantrage, alle diese Anträge pure abzulehnen. Daß der Kommissar Gottschalk mit Socialisten und Anarchisten verkehrt hat, gehörte zu seinen amtlichen Aufgaben. Und daß er mit diesen Leuten in anderer Weise als mit den andern Gesellschafts- kreisen verkehrte, mußte, ist selbstverständlich. (Kl. im Zuhörerraum.) Der Präsident befiehlt, den Aha- Kuser, Redacteur Korn (Kiel) sofort vorzuführen. Auf Antrag des Staatsanwalts beschließt der Gerichtshof: den Korn wegen Ungehorsam im Gerichtsaal in eine sofort zu verbühende zwei- tägige Haftstrafe zu nehmen. — Der Staatsanwalt schlägt alsdann weiter aus, daß alle die Anträge mit dem zur An- fahrt stehenden Fall in keiner Verbindung stehen. Der Gerichtshof lehnt aus denselben Gründen alle Beweisangebote ab.

Kommunales.

In der außerordentlichen Magistratsitzung am Dienstag hat das Kollegium zunächst die Realsteuer mit 150 Prozent und die Gemeinde-Einkommensteuer mit 100 Prozent von dem vom Staate zu erhebenden Steuerbeträge festgesetzt. Es sind demnach festgesetzt an Einnahmen: der Gemeinde-Grundsteuer 15 900 000 M., der Gewerbesteuer 8 640 000 M., Gemeinde- Einkommensteuer 28 780 000 M., die Betriebssteuer beträgt 251 000 M. und die Umsatzsteuer 1 870 000 M. Der Etat der Hauptklasse der städtischen Werke ist in Einnahme und Ausgabe mit 385 850 M. eingestellt. Hinsichtlich des Etats der städtischen Gasanstalten ist in der Einnahmeposition der Gaspreis pro Kubikmeter auf 18 Pfennige für Leuchtgas und 10 Pfennige für Gas zum Kochen und gewerbliche Zwecke wie bisher beibehalten worden. Bezüglich des Preisflusses der Stadtverordneten-Versammlung, einen Einheitspreis von 12 Pfennigen für den Kubikmeter Gas festzusetzen, wird, nach Beschluß des Kollegiums, der Magistrat in weitere Beratung eintreten.

Nach dem schon erwähnten Verwaltungsbericht der Kanalisations- und Rieselwerke für 1898/99 hat die Verwaltung besondere Bemühungen darauf gerichtet, den Bestands von Riesel- feldern nach Bedürfnis zu erweitern. Es heißt über diese Maßnahmen im Bericht: Während des Berichtsjahres wurden im ganzen 1704,60 Hektar zu der im Norden von Berlin gelegenen Reihe der Riesel- felder hinzuerworben. Unter diesen Ankäufen befand sich das an der Stettiner Eisenbahn gelegene, vielen Berlinern wohlbekannte Rittergut Luch mit einem Flächeninhalt von 1250 Hektar, aus dem ein besonderer Verwaltungsbezirk, der stehende der Riesel- felder, gebildet worden ist. Das gesamte Areal der Rieselfelder be- läuft sich einschließlich dieser Erweiterung auf 11 478 Hektar, während das Stadtgebiet, dessen Abwässer jene Rieselfelder aufzunehmen bestimmt sind (Stadtviertel I bis X und XII) nur einen Flächen- inhalt von 5441 Hektar hat. Auf den neueren Rieselfeldern hat eine rege Thätigkeit geherrscht, um sie durch Ausgleichung des Niveaus und Anlage von Gräben für die Auf- nahme von Abwässern herzurichten und durch Drainage für einen geregelten Abzug zu sorgen. In dieser Weise waren am Schluß des Berichtsjahres 6826 Hektar hergerichtet. Unter den Wirtschaftsbauten, mit denen die Rieselfelder im Berichtsjahre aus- gerüstet wurden, befanden sich vier größere zweistöckige Arbeiter- wohnhäuser, bestimmt für je acht Familien, nebst Zubehör, ein Brunnen, Kleinviehställe, sowie Scheunen, Speicher, eine Schütter- baracke usw. Der Wirtschaftsbetrieb der Güter hatte, trotzdem die neu erworbenen Ländereien zunächst besondere Ausgaben für die erste Anordnung und zweckmäßige Einrichtung erforderten und zum Teil erst nach der Ernte übernommen worden sind, insolge recht günstiger Witterung ein erfreuliches Ergebnis. Die Güter ergaben, abgesehen von der Vergütung und Amortisation des An- lagekapitals, einen Ueberfluß von 242 850 Mark. Bemerkens- wert ist, daß von den nach den Rieselfeldern getönderten Abwässern an Privatnachbarn Rieselwasser zur Bewässerung von 285,43 Hektar gegen eine mäßige Vergütung ab- gegeben worden ist, und daß von den Rieselfeldern selbst volle 1488 Hektar weist in kleineren Stücken verpachtet worden sind, wodurch 902 Hektar gewinnbringende Beschäftigung finden. Welchen Wirtschaftsumsatz die Rieselfelder haben, läßt sich schon daran er- weissen, daß die Bestände an Getreide, Kartoffeln, Stroh, Wirtschaftsvorräten einen Wert von 402 801 M., das tote und lebende Inventar einen Wert von 1 008 367 M. darstellten.

Lokales.

Die Stadtverordneten-Ergänzungswahlen, welche gestern in zwei Bezirken vorzunehmen war, brachte der Socialdemokratie in dem einen, den 35. Bezirk, einen glänzenden Sieg. Der Genosse Wurm wurde mit 1683 von 2113 abgegebenen Stimmen gewählt. Der konservative Kandidat Stöckmann er- hielt 354, der freisinnige Kandidat Voges 72 Stimmen.

Das Resultat im 44. Kommunal-Wahlbezirk war folgendes (Eingetragene Wähler 7394. Abgegebene Stimmen 2032 (bei der Hauptwahl 6. November v. J. 2075). Es erhielten Glocke 1243 (1340), Bredered (Freisinn) 330 (597), Vätermeister Wolff (Vürgerpartei) 738 (721), Damajale 321 Stimmen. Es hat also Stichwahl zwischen Glocke und Wolff stattgefunden.

Die Beteiligung ist diesmal also noch etwas stärker gewesen, als im November vorigen Jahres. Unser Kandidat hat nun etwa hundert Stimmen weniger auf sich vereinigt als bei den letzten Wahlen. Noch viel mehr zurückgegangen ist der Freisinnige, und auch der Wismarsch-Kandidat Wolff hat nur ein paar Stimmen mehr erhalten. Die 321 Stimmen, die der national-socialen „Mietpartei“ Damajale, der bei der letzten Wahl gar nicht kandidierte, auf sich vereinigte, sind ihm, wie es scheint, von allen Seiten gekommen. Bei der Miteiligkeit des „mietparteilichen“ Programms ist dies auch erklärlich. Unserm Genossen Glocke fehlten zur absoluten Majorität also nur 74 Stimmen, die er ohne die durch die National-Socialen herbeigeführte Zersplitterung wohl erhalten haben würde.

Sehr begierig darf man sein, welchen Rat Herr Damajale seinen Wählern nun wohl geben wird? — Jedenfalls werden unsre Genossen jetzt erst recht alles aufbieten, die Nachlässigen heranzuziehen, um bei der Stichwahl den Sieg an unsre Fahnen zu heften.

Der Wahlverein für den 4. Wahlkreis (Süd-Ost) ver- anstaltet am Sonntag einen Familien-Abend in Graumanns Festsaal, Rammstraße 27. Da das Billet nur 30 Pf. und die Garderobe 10 Pf. kostet, so erwarten wir zahlreichen Besuch.

Der Vorstand.

Zur Lokalliste. Der Vergütungsverein von Personal der Kartonnfabrik von G. Jacobsohn, Landwehrstraße 11, hält am Sonnabend, den 24. Februar, in dem Lokal „Oskahnhof“ am Rastrienerplatz einen Rasenball ab. Das Lokal steht der Arbeiter- schaft für Versammlungen nicht zur Verfügung. Trotzdem versucht obiger Verein, Villets in Arbeiterlokale zu verdrängen.

Die Lokalkommission.

Zur Krankenhause.

Die socialdemokratischen Stadtverordneten haben folgende Anfrage an den Magistrat in der Stadtverordneten- Versammlung gerichtet: „Welche Maßregeln gedenkt der Magistrat zu ergreifen, um — gegenüber dem in den städtischen Krankenhäusern herrschenden Plagemangel — bis zur Fertigstellung des vierten Krankenhauses die Beschaffung geeigneter Räume zur Unterbringung erkrankter Personen sicher zu stellen.“ Einen sehr beachtenswerten Beitrag zu der brennenden Frage erhalten wir von der Arbeiter-Sanitäts-Kommission: Die Ueberfüllung der Berliner Krankenhäuser, seit vielen Jahren ein ständiges Kapitel aus unsern Mitteilungen — ist in diesem Jahre infolge der ausgebreiteten Influenza-Epidemie so akut ge- worden, daß sie bereits die traurigsten, vom Standpunkt der öffent- lichen Gesundheitspflege unfehligen und für die Reichshauptstadt

geradezu beschämenden Folgen gezeitigt hat. Täglich begehren Hund- z und mehr Kranke, bei denen die Natur der Erkrankung, die jämmerlichen Wohnungsverhältnisse oder der absolute Mangel an häuslicher Pflege die Ueberführung ins Krankenhaus kategorisch fordern, ver- gebens Ausnahme; obdachlose Kranke, schwer Verlegte, Gelähmte und Greibende müssen viele Stunden bei der rauhen Witterung im Krankenwagen zubringen, von Hospital zu Hospital gefahren werden, um schließlich doch überall abgewiesen zu werden.

Es ist geradezu beschämend für die Berliner Stadtverwaltung, welche sich so viel auf ihre hygienischen Einrichtungen zu gute thut und mit der Erfüllung ihrer sozialen Pflichten gegenüber den Not- leidenden drückt, bisher noch immer nicht Mittel und Wege gefunden zu haben, um der Krankenhausnot ein Ende zu machen. Sollen die Kranken etwa bis zur Fertigstellung des vierten städtischen Kranken- hauses in der Seestraße warten, das nach dem bisher eingehaltenen Tempo noch Jahr und Tag bis zur Belegung erfordern wird?

Innerhalb weniger Wochen müßte die Stadt hier Abhilfe schaffen und könnte es thun, wenn sie endlich Ernst macht und den Weg betreten wollte, der von uns ebenfalls schon vor Jahren angegeben worden ist: in verschiedenen peripher gelegenen Stadtteilen müssen ungesäumt der Stadt gehörende, resp. wo solche nicht zur Verfügung stehen, zu dem Zweck eigens erworbene Grundstücke provisorisch zu Krankenanstalten eingerichtet werden, was nach dem Gutachten auch städtischer Sachverständiger gar keine Bedenken hat. Die etwa nötigen baulichen Veränderungen und Reparaturarbeiten, Weisen resp. Streichen der Wände, Fußböden und Decken, die Beschaffung der Betten und der andern nötigen Mobilien, die Engagierung der nötigen Zahl von Hauspersonal, Krankenpflegern und Hausärzten ließen sich in wenigen Wochen vornehmen und die Stadt wäre in der Lage, Hunderte von anfallsbedürftigen Kranken aufnehmen, ver- pflegen und behandeln zu können.

Sache unsrer Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung wird es sein, die Krankenhausnot zum Gegenstand einer dringlichen Anfrage an den Magistrat zu machen und die Beschleunigung der Abhilfe zu verlangen.

Vom Stad. Dr. Friedemann in Gemeinschaft mit noch 18 Stadtverordneten ist in der Stadtverordneten-Versammlung folgender dringliche Antrag eingebracht worden: „Die Stadt- verordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, sofort die im Kranken- haus Friedrichshain hergerichteten Baracken zur Belegung mit Kranken zur Verfügung zu stellen.“ Es handelt sich um zwei Pavillons, deren Errichtung im Sommer v. J. von der Stadt- verordneten-Versammlung beschlossen wurde und die mittlerweile fertiggestellt worden sind.

Zur Berliner Bürgermeisterei bringt die „Frank. Ztg.“ folgenden Artikel: Der Streit über den Friedhof der März- gefallenen soll nun noch ein „berühmendes“ Nachspiel erhalten. Nachdem Herr Richter endlich als Oberbürgermeister be- stätigt worden, muß die Stelle des zweiten Bürgermeisters in Berlin neu besetzt werden. Hierbei taucht nun der Name eines Mannes auf, der auch in der Friedhofs-Angelegenheit eine Rolle gespielt hat, und dessen Ausrufung zum Bürgermeister von Berlin in der That die programmatische Bedeutung hätte, daß mit ihr wieder gut gemacht sein soll, was in jener Angelegenheit „gesündigt“ worden ist. Unsr Leser erinnern sich noch der überraschenden Wendung in dem Prozeß vor dem Bezirksauschuss, wo der Präsident, statt in die Verhandlung einzutreten, dem Magistratsvertreter vorschlug, lieber in die Verlegung der Sache zu willigen und in der Zwischenzeit einen förmlichen Vergleich mit der Polizei an- zubahnen; denn „niemand, der die tatsächlichen Verhältnisse kennt,“ werde glauben, daß dieses Portal je angeführt werde. Der Magistratsvertreter, statt dem Vorschlag bemerklieh zu machen, daß es etwas ganz Unerhörtes sei, in einer Prinzipienfrage des öffentlichen Rechts statt der gesetzlichen Entscheidung einen Verhandlungs-vorschlag anzubieten, ging auf den Vorschlag ein und nur an der mangelhaften Zustimmung der Stadtverordneten schiederte der lustige Gedanke; es war das einzige Mal, wo in dieser Angelegenheit die sonst so langmütigen Berliner Stadtverordneten wirk- liche Entschlossenheit hatten. Jetzt geht uns von einer Seite, die über innere Vorgänge in der Berliner Kommunalverwaltung gut unterrichtet zu sein pflegt, die Mitteilung zu, daß in den Kreisen der Stadt- verordnetenmehrheit die Absicht festen Fuß gefaßt hat, die Gelegen- heit zu benutzen und durch die Wahl gerade jenes Magistrats- vertreters, des Syndikus Mendrin, zu erlangen, daß man das gespannte Verhältnis zum Hofe zu beendigen wünsche. Nach den wenigen Nachrichten, die die Berliner Blätter über die Bürgermeister- wohl gebracht haben, hätte man eher das Gegenteil annehmen sollen. Nachdem anfangs einzelne Namen genannt, nachher aber die An- schreibung der Stelle beschloffen wurde, sagte man dies so auf, als ob die Richtung festgesetzt hätte, die die Gelegenheit benutzen will, um dem Magistrat der Reichshauptstadt das ihm so nötige frische Blut von außen zuzuführen. Jetzt scheint die Anschreibung der Stelle nur den Zweck gehabt zu haben, für die etwas gerierliche Wahl gerade dieses Mannes ein Feigenblatt zu schaffen. Gelingen würde diese schamhafte Absicht freilich nicht; das freigelegte Bürgertum Deutschlands würde diese Wahl keineswegs als eine lokale Berliner Angelegenheit ansehen, es würde darin eine regelrechte Abbitte des Berliner Bürgertums erblicken, und zwar in einer Angelegenheit, in der es der Reichshauptstadt wohl angestanden hätte, sich als Vertreterin historisch-freihethlicher Erinnerungen zu fühlen und zu zeigen.

Wie die „Volls.-Ztg.“ hierzu meldet, soll diese erbauliche Ge- schichte durchaus den Thatsachen entsprechen. Mendrin soll wegen seiner Schmiegsamkeit noch obendrein beim maßgebenden Kommunal- freisinn einen großen Stein im Brett haben.

Zu dem Fahrstuhlunfall im Hause Gitschinerstraße 79, über das wir gestern berichteten, wird uns mitgeteilt, daß der 17 Jahre alte Lehrling Schipke aus Schönberg am Scherften verunglückt ist. Er erlitt am Gesicht und an den Beinen bedenkliche Verletzungen, auch wird angenommen, daß er innerlich Schaden erlitten hat. Der Arme ist gestern noch ohne Vernehmung gewesen. Weniger schlimm ist der Maschinenbauer Scheibler davongekommen; seine haupt- sächlichste Verletzung besteht in einem Oberarmbruch, der jedoch bald geheilt werden dürfte. Scheibler ist gestern 24 Jahr alt geworden. Ueber die Ursache des Unfalls wird uns noch gemeldet, daß nicht, wie andre Zeitungen wissen wollen, der Fahrstuhl un- gezippt ist, sondern daß das Seil, welches den Fahrstuhl in der Schwebe hielt, sich aus der Klammer, an der es längere Zeit be- festigt war, aus unbekanntem Ursachen gelöst hatte, worauf der Fahr- stuhl in die Tiefe stürzte.

Ein schwerer Unzug wurde in der Nacht zum Dienstag auf der Ringbahn zwischen den Stadtbahn-Stationen Lehrter Bahnhof und Veltelin verübt. Als in der Richtung nach Charlottenburg einige Minuten vor 12 Uhr nachts ein Ringbahnzug die Station Lehrter Bahnhof verlassen hatte, stog plötzlich gegen die Fenster eines Wagens dritter Klasse ein mehr als sonngroßer Gegenstand, der sich später als ein Gipsklumpen erwies. Zum Glück schlug er gegen den Rahmen des Fensters, so daß er die Scheibe nicht mit der vollen Wucht traf. Doch war der Zufall noch so heftig, daß von der Fenster Scheibe ein großes Stück herausgeschlagen wurde, dessen Splitter drei Fahrgäste verwundeten, indem sie einem blut an dem Fenster stehenden Herrn die Wade aufrißen, einem zweiten

unmittelbar am Auge verletzten und einem dritten das Ohr zer-

**Einen Selbstmordversuch** mit dem Revolver unternahm Mittwochnachmittag um 9 Uhr der 23 Jahre alte Sohn Leo der Schiefingerer Eheleute aus der Kopenstr. Am Dienstagabend

**Schwer verunglückt** ist am Dienstagnachmittag in einer Wäschefabrik Brunnensfr. 192 die Arbeiterin Auguste Erdmann aus der Swinemünderstr. 84. Beim Anlegen von Tuch geriet sie mit

**Verletzt** wurde am Mittwochnachmittag um 4 Uhr der 33 Jahre alte verheiratete Arbeiter Wilhelm Holz aus der Kaufstr. 23, der auf dem Gdrlinger Bahnhof als Wagenwäscher

**Arbeiterstiftung** auf der Bahnstrecke. Arg zugerichtet wurde Dienstagabend um 7 Uhr der Arbeiter August Mühsch, der auf der

**Feuerbericht.** Die Zahl der täglichen Klammierungen war in letzter Zeit eine ungewöhnlich niedrige. Am Dienstag wurde die

### Aus den Nachbarorten.

**Parteiveranstaltungen in den Vororten.** In Charlottenburg findet Freitagabend 8 1/2 in der Gambiusdronei eine

**Nixdorf.** Eine Umgestaltung der Verwaltung des öffentlichen Arbeitsnachweises der Stadt Nixdorf war von dem

**Die Brandstiftungsaffäre in der Handhabungsschule zu Groß-Lichterfelde** zieht noch immer weitere Kreise. Jetzt nimmt der

**Unter dem Eisenbahn-Bureaukratismus**, der sich, wie wir neulich

**Weihensee.** Verschunden ist seit Anfang voriger Woche der Bierverleger Müller, Strahburgerstr. 25 wohnhaft. Seine Angehörigen

**Aus Wriegen wird uns berichtet:** Nachdem die hiesigen Parteigenossen und Gewerkschaften einen vergeblichen Lokalkampf

### Versammlungen.

**Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Wahlkreis** hielt am Dienstag eine Versammlung in Habels Bazar ab,

**Zwangslösung der Drechsler.** Montagabend hielt Genosse Vebel in einer gut besuchten Versammlung der Zwangsinnung

**Eine Lohnbewegung der Herren-Maschinisten** ist durch Beschluß einer

**Die Agitationskommission** legte der Versammlung einen ausführlichen

**Die Versammlung** nimmt Kenntnis von den Antworten, welche auf die

**In der Agitationskommission** wurde an Stelle des ausgeschiedenen

**Nach längerer Diskussion** über die Sperre der Firma Hoffmann beschloß

**Die Herren- und Anabenkonfektionsweber** hatten für Montag eine Versammlung

**Die Herren- und Anabenkonfektionsweber** hatten für Montag eine Versammlung

**Der Verband der Bäcker** beschloß am 6. Februar die geplante Verschlechterung

**Der Fachverein der Holz- und Bretterträger** hielt am 6. d. M. eine

**Die Graveure und Eisenreue** hielten am 6. Februar ihre regelmäßige

**Die Teppichnäher und Einmaleger** waren am Montagabend in den

**Johannishal.** Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung tagte hier am

**Marktpreise von Berlin am 13. Februar 1900** nach Ermittlungen des

nach Ermittlungen des		Volkszählungsamts				
Waren	Preis	Waren	Preis			
*) Weizen	15,20	14,-	Schweinefleisch 1 kg	1,60	1,10	
*) Roggen	14,00	13,80	Rindfleisch	1,80	1,-	
Butter-Groß	13,80	13,-	Hammelfleisch	1,80	1,-	
Hefe gut	15,-	14,20	Butter	2,60	2,-	
mittel	14,10	13,30	Gier	60 Stück	6,-	3,-
gering	13,20	12,50	Karpfen	1 kg	2,20	1,30
Rüchstroh	4,-	3,82	Kale	1 kg	2,90	1,40
Oen	7,20	4,40	Hamber	1 kg	2,50	1,-
*) Gersten	40,-	25,-	Seide	1 kg	1,80	1,-
*) Weizenrohnen	45,-	25,-	Barocke	1 kg	1,00	0,80
*) Weizen	70,-	30,-	Seide	1 kg	2,80	1,20
*) Weizen	7,-	5,-	Seide	1 kg	1,40	0,80
*) Weizen	1,20	1,20	Seide	per Schoß	12,-	3,-
*) Weizen	1,20	0,90				

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftsamt - Notierungsscheine - und ungerundet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner. \*) Kleinhandelspreise.

**Produktenmarkt vom 11. Februar.** Heute konnte die gestern begonnene

**Am Spiritusmarkt** wurden 15000 Liter 70er loco zum Preise von 47,10 M.

**Städtischer Schlachthausmarkt.** Berlin, 11. Februar 1900. Amtlicher Bericht

**Verlauf und Tendenz.** Vom Rinderantrieb blieben ungefähr 75

**Witterungsübersicht vom 14. Februar 1900, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer	Wind	Witterung	Stationen	Barometer	Wind	Witterung	
Stettin	755	DRD	2bed.	3	Wuppertal	764	DR	2bed.
Hamburg	752	DRD	2bed.	3	Berlin	757	DRD	2bed.
Berlin	751	DRD	2bed.	3	Frankfurt	757	DRD	2bed.
Wiesbaden	746	DRD	1Regen	4	Aachen	755	DRD	1bed.
München	750	DRD	1bed.	4	Paris	746	DRD	1bed.
Wien	748	DRD	2bed.	5				

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 15. Februar 1900.** Ein wenig wärmer, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und gewöhnlich